Ausgabe 3 / Juli 2007

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

NRW: Welche Richtung nimmt die

Sozialpolitik?

CARITAS HEUTE: Sozialbericht NRW
Armutsrisiko für Familien gestiegen

BISTUMSSPIEGEL
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas

ISSN 1617-2434
G 5546

caritas

Liebe Leserin, lieber Leser,

im vergangenen Sommer schrieb CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers seinen Parteifreunden einen Brief. Sie sollten sich von der Lebenslüge verabschieden, dass durch Steuersenkungen automatisch neue Arbeitsplätze entstehen. Der Aufruhr war enorm, Rüttgers sonnte sich in seinem sozialpolitischen Image. Er füllte eine politische Marktlücke aus. (Dass er in der Sache nicht falschlag, zeigt sich heute: Endlich geht die Arbeitslosigkeit zurück, obwohl die Bundesregierung zum Jahresanfang die Mehrwertsteuer erheblich erhöht hat.) Im Herbst 2006 legte die NRW-Landesregierung medial nach: Die Kritik an den Arbeitsmarktreformen wurde zugespitzt auf die Frage, ob jemand, der 30 Jahre eingezahlt hat, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit das Gleiche erhalten soll wie jemand, der nie gearbeitet hat. Inhaltlich ist die Diskussion sehr komplex, fürs gemeine Volk feierte die Bild-Zeitung „Robin Rüttgers".

Noch drei Jahre zuvor beim Leipziger Parteitag vertrat die Mehrheit der CDU eine streng wirtschaftsliberale Linie – Rüttgers Seite an Seite mit Angela Merkel gegen den einsamen Mahner Norbert Blüm. Inzwischen hat die Union gemerkt, dass sie damit keine Wahlen gewinnen konnte. Und plötzlich geriert sich Rüttgers als Sozialpolitiker.

Leider sieht die soziale Wirklichkeit in NRW längst nicht so rosig aus wie das Image der Landesregierung. So wurde in den letzten beiden Jahren die soziale Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Familien drastisch heruntergefahren. In der Suchthilfe, der Familienberatung, beim Täter-Opfer-Ausgleich, bei den Frauenhäusern, bei den Wohlfahrtsverbänden, in der Altenpflege und bei Migranten wurde teilweise arg gekürzt. Der neue Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgeht (siehe S. 14).

Ungebrochen ist der Trend, öffentliche Aufgaben zunehmend zu privatisieren. Der Staat scheint öffentliche Daseinsfürsorge nur noch als Grundsicherung auf unterstem Level zu begreifen. Wer mehr will, muss privat vorsorgen. Um den Rest können sich die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände oder andere Charity-Organisationen kümmern. Das aber ist nicht die gerechte Gesellschaft, für die die Caritas streitet.

Ihr

Markus Lahrmann
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis

Umbau im Gange 4
Tendenzen beim Umbau des Sozialstaates

„Die Menschen brauchen Sicherheit" 7
Interview mit Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann

Eigentum verpflichtet 12
Der Staat muss soziale Sicherheit und Gerechtigkeit gewährleisten

Armutsrisiko gestiegen 14
Sozialbericht NRW

„Armen eine Stimme geben" 16
Interview mit Diözesan-Caritasdirektor Frank Johannes Hensel

„Es gibt niemand, der nichts kann" 20
Caritaskongress setzt starkes Signal für Kinder und Jugendliche

„Ich will hier raus" 22
Straßenkinder aus Südafrika

Aachen 26
Essen 30
Köln 36
Münster 40
Paderborn 44

Neue Bücher und Web-Tipps 49

Impressum 50

Titelbild: Lahrmann

Schwerpunkt

Foto: Pohl

Umbau im Gange

Tendenzen beim Umbau des Sozialstaates

Von Stefan Sell

Die Frage nach der Leistungsfähigkeit und den Grenzen wohlfahrtsverbandlicher Arbeit muss vor dem Hintergrund der grundlegenden Veränderungen im deutschen Sozialstaat analysiert und beantwortet werden. Derzeit laufen grundsätzliche Veränderungen in der Sozialpolitik ab, die für die zukünftige Arbeit der Wohlfahrtsverbände enorme Bedeutung haben.

Es lassen sich im Sinne eines „roten Fadens“ folgende generelle Entwicklungslinien erkennen:

- Die sozialen Sicherungssysteme mit ihrem bisherigen Schwerpunkt einer individuellen Lebensstandardsicherung in Relation zum Lohneinkommen werden umgebaut in Richtung **Grundsicherungsmodelle**. An erster Stelle wäre hier natürlich das Arbeitslosengeld II zu nennen, aber auch die Einführung des Grundsicherungsgesetzes war bereits eine erste Antwort des Gesetzgebers auf die erkennbaren Ausfallerscheinungen des tradierten Sozialversicherungssystems mit seinem Grundprinzip der aus der Erwerbsarbeit abgeleiteten Lebensstandardsicherung.
- **Leistungen** werden **flächendeckend pauschaliert**. Auch hier wieder sei an das Arbeitslosengeld II erinnert.
- Das bisherige sozialrechtliche Dreiecksverhältnis wird zunehmend aufgelockert durch eine **Umwandlung der Finanzierung von Sach- und Dienstleistungen in Geldpauschalen**. Man findet diesen Entwicklungsstrang z. B. im Bereich der Arbeitsförderung (in Form von Vermittlungs- und Weiterbildungsgutscheinen). Für die Behindertenhilfe besonders relevant ist aktuell die Diskussion über das persönliche Budget.
- Für wohlfahrtsverbandliche Unternehmen besonders relevant ist die folgende – und auch in der Fachdiskussion noch viel zu wenig diskutierte – Entwicklung: Beobachtbar und auch gefordert wird eine **Wettbewerbszunahme auf Seiten der Leistungserbringer** bei einem weiter existierenden monopolistischen Nachfrager bzw. Auftraggeber mit daraus resultierenden Effekten wie Konzentration, Spezialisierung sowie

Preisdumping, zugleich aber auch die **Forderung nach Dienstleistungen aus einer Hand** (zumindest auf der sozialräumlichen Ebene). Hier muss ein fundamentaler Widerspruch konstatiert werden – man kann eine Torte nicht gleichzeitig anschauen und aufessen.

- In vielen Bereichen zeigt sich eine **Kommunalisierung** (z. B. Kita-Bereich, Jugendhilfe, Betreuung der Langzeitarbeitslosen, aber auch bei der Frage, wie zukünftig die Eingliederungshilfe organisiert werden soll).
- **Pauschalierungen** lassen sich nicht nur bei den Leistungsempfängern beobachten, sondern **auch bei den Leistungserbringern**, hierbei vor allem über das Instrumentarium der **Fallpauschalierung**, wie wir sie aus dem Krankenhausbereich kennen.
- Wir erleben eine **konsequente Umwandlung von Leistungen mit Rechtsanspruch in Ermessensleistungen**. Besonders ausgeprägt im Bereich der Arbeitsmarktförderung, aber auch in anderen Teilbereichen der sozialen Sicherung. In diesem Bereich gibt es (noch) Inseln: Das SGB VIII, also das Kinder- und Jugendhilfegesetz, zeichnet sich bei einer Gesamtbetrachtung aus durch einen hohen Anteil an Leistungen mit Rechtsanspruch, das Gleiche gilt für die Behindertenhilfe. Problemverschärfend kommt hinzu, dass trotz dieser relativ gesehen guten Voraussetzung die tatsächliche Inanspruchnahme im Sinne eines eigenständigen Durchsetzens der Rechtsansprüche nur sehr gering ist, was natürlich mit der asymmetrischen Beziehung zwischen Hilfsbedürftigen und Leistungsträger zu tun hat.
- Ganz offensichtlich ist eine **erhebliche Zunahme des Beratungsbedarfs** in allen existenziellen Sicherungsbereichen wie auch der objektiven Beratungsnotwendigkeit angesichts der zunehmenden Entscheidungsspielräume der leistungsgewährenden Stellen – gerade aufgrund des Abbaus von Rechtsansprüchen.

Versucht man die vielgestaltigen Entwicklungen in der sozialpolitischen Landschaft zu systematisieren, dann lässt sich ein klarer **Trend in Richtung „Wohlfahrtsmärkte“** erkennen.
Die „Wohlfahrtsmärkte“ differenzieren sich derzeit in drei großen Bereichen aus:

Subventionierte Vorsorgemärkte

Mittlerweile fast schon „klassisches“ Beispiel wäre die „Riester-Rente“. Dahinter steht die sukzessive Auflösung der sozialversicherungszentrierten Altersversorgung durch eine staatlich geförderte Eigenvorsorge über den Kapitalmarkt. Der wohlfahrtsmarktliche Charakter besteht aus einer staatlichen Subventionierung sparwilliger Bürger sowie einer umfassenden Regulierung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge.

Refinanzierte Nachfragemärkte

Als Beispiel sei hier die ambulante Altenhilfe im Kontext der Pflegeversicherung genannt. Es handelt sich um eine Teilkasko-Versicherung mit gedeckelten Leistungen (= Pauschalierung des Solidarprinzips) und Durchführung über miteinander konkurrierende freigemeinnützige und gewinnorientierte Anbieter. Anbieter können ihr Einkommen durch eine rationalisierende Leistungserbringung maximieren.

Quasi-Märkte für soziale Dienste

In diesem Bereich bewegen sich beispielsweise die Arbeitsförderung und vor allem die Jugendhilfe. Man sollte sich allerdings über die Besonderheiten dieser „Quasi-Märkte“ klar sein: Es handelt sich um inszenierte bzw. asymmetrische Märkte mit folgenden Merkmalen: Steuerung über zentral koordinierte Vergabeverfahren, Verhandlung von Standards und Preisen, Anbieterkonkurrenz mit Hilfe von Zielvereinbarungen, Leistungskennzahlen und outputbezogenen Budgets sowie Pauschalfinanzierung. Eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren dieser „Märkte“ wäre ein Empowerment, also eine Befähigung sowohl der Betroffenen wie auch der sozialen Unternehmen, um sich auf diesen Märkten bewegen zu können.

Moralische Krise der Sozialpolitik

Alle Fragen rund um den Sozialstaat sind **normativ und emotional höchst aufgeladen** – dies zeigen viele aktuelle Debatten z. B. über den angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen wie auch am anderen Ende der Spektrums der Vorwurf einer systematischen Abkoppelung bestimmter Bevölkerungsgruppen vom gesellschaftlichen Durchschnitt durch zu niedrige Grundsicherungsleistungen und fehlende Dynamisierung der Leistungen. Besonders deutlich wurde die Brisanz der Sozialstaatsdiskussion Anfang des Jahres an dem Dreiteiler „Der Aufstand der Alten“ im ZDF, bei dem eine extreme Variante einer möglichen Entwicklung hin zu einem minimalistischen Grundsicherungsstaat aufgezeigt wurde, was Ablehnung und wütende Proteste ausgelöst hat. Dabei führt gerade eine solche Perspektive zu der wirklich spannenden Frage, wie man denn eine solche Entwicklung verhindern kann. ▶

Prof. Dr. Stefan Sell ist Vizepräsident der FH Koblenz und Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialmanagement (ibus). Weitere Informationen im Internet unter www.rheinahrcampus.de/sell.

Karikatur: Thomas Plaßmann

▶ Verstärkt werden die grundsätzlichen Probleme unseres sozialen Sicherungssystems durch das, was man als eine „moralische Krise der Sozialpolitik" im engeren Sinne beschreiben kann.

Fundamentale Akzeptanzprobleme

Es sind vor allem zwei Prozesse, die das bestehende System der sozialen Sicherung aus „moralischer" Sicht diskreditieren: zum einen der manifeste **Trend einer Transformation von Sicherheit(sversprechen) zu Unsicherheit** in der Wahrnehmung der breiten Bevölkerung, was man exemplarisch verdeutlichen kann am Beispiel des dramatischen Verfalls des Vertrauens in die Sicherheit der gesetzlichen Alterssicherung.

▶ In der Rentenversicherung baut sich ein fundamentales Akzeptanzproblem auf. Wenn der normale Arbeitnehmer, der immer Beiträge auf Basis des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens gezahlt hat, heute bereits über 30 Jahre benötigt, um eine Rente zu erwirtschaften, die über den Grundsicherungsleistungen liegt, dann kann man sich vorstellen, welche Bewertung dieses beitragsfinanzierten Systems vorgenommen wird, wenn für viele Menschen z. B. aufgrund von Sicherungslücken durch längere Phasen der Arbeitslosigkeit oder aufgrund eines unterdurchschnittlichen Erwerbseinkommens trotz Rentenbeitragszahlungen keine von der Grundsicherung signifikant mehr abweichenden Renten ausgezahlt werden.

Zum anderen aber wird dies noch befördert und verkompliziert durch eine **massive Verletzung von Fairness- und Gerechtigkeitsvorstellungen**, die natürlich immer auch Produkte der gewachsenen Systeme sind und die sich besonders aus der langen Traditionslinie des deutschen Sozialversicherungsstaates ableiten.

▶ Veranschaulichen lässt sich dies am Beispiel des neuen Grundsicherungssystems Arbeitslosengeld II. In diesem neuen System ist aufgrund der pauschalierten Grundsicherungsleistung, die bei Bedürftigkeit jeder in gleicher Höhe bekommt, der Bezug zum früheren Erwerbsarbeitseinkommen (und den daraus abgeleiteten Rentenansprüchen) vollständig gekappt worden. Nach den Fairness- und Gerechtigkeitsvorstellungen vieler Menschen ist das neue System grob ungerecht: Denn ein junger Mensch, der gerade einmal zwei Jahre lang sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, bekommt nun genau wie ein 50-Jähriger, der 30 Jahre lang immer Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, ein Jahr lang die Versicherungsleistungen Arbeitslosengeld I, und nach zwölf Monaten rutschen beide bei Bedürftigkeit in das Arbeitslosengeld II mit der gleichen Transferleistung. Das ist für viele Menschen schwer nachvollziehbar, auch wenn das innerhalb des neuen Systems durchaus „korrekt" ist.

Der in vielen Bereichen ablaufende schleichende Umbau unseres Sozialstaates in Richtung Grundsicherungsstaat mit Privatisierung darüber hinausgehender Sicherungsansprüche (wenn man sich denn diese leisten kann) konfligiert massiv mit den Fairness- und Gerechtigkeitsvorstellungen der „im alten System" sozialisierten Menschen. Auch und gerade darauf muss die Politik eine Antwort geben können. ◀

Der Text geht zurück auf ein Thesenpapier für den Sozialpolitischen Abend der LIGA am 7. Februar 2007 in Mainz.

„Die Menschen brauchen Sicherheit“

Wohin steuert der Sozialstaat? Karl-Josef Laumann (CDU), NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), kritisiert Mängel bei den Sozialreformen, setzt auf den Kombilohn und erinnert an die christliche Soziallehre.

Caritas in NRW: *In vielen politischen Debatten geht es derzeit um ein Mindestmaß an sozialer Sicherung. Halten Sie es für richtig, per Gesetz tragende Balken einzuziehen, um allen Menschen ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe zu garantieren?*

Karl-Josef Laumann: Das hat Deutschland eigentlich immer gehabt. Die alte Sozialhilfe hat den Menschen einen Rechtsanspruch auf eine Mindestunterstützung gegeben. Heute leistet das SGB II (Sozialgesetzbuch, d. Red.), im Volksmund Hartz-IV-Gesetz, dieses in der Höhe von 345 Euro plus Unterkunftskosten, die im Schnitt bei 285 Euro liegen, sodass wir in Wahrheit eine Grundabsicherung in diesem Land haben. Es ist richtig und wichtig, dass auch diejenigen, die an Arbeitsleistung gehindert sind, eine Möglichkeit haben, am Leben teilzunehmen.

► *Die Kritik an den Hartz-Gesetzen reißt nicht ab?*

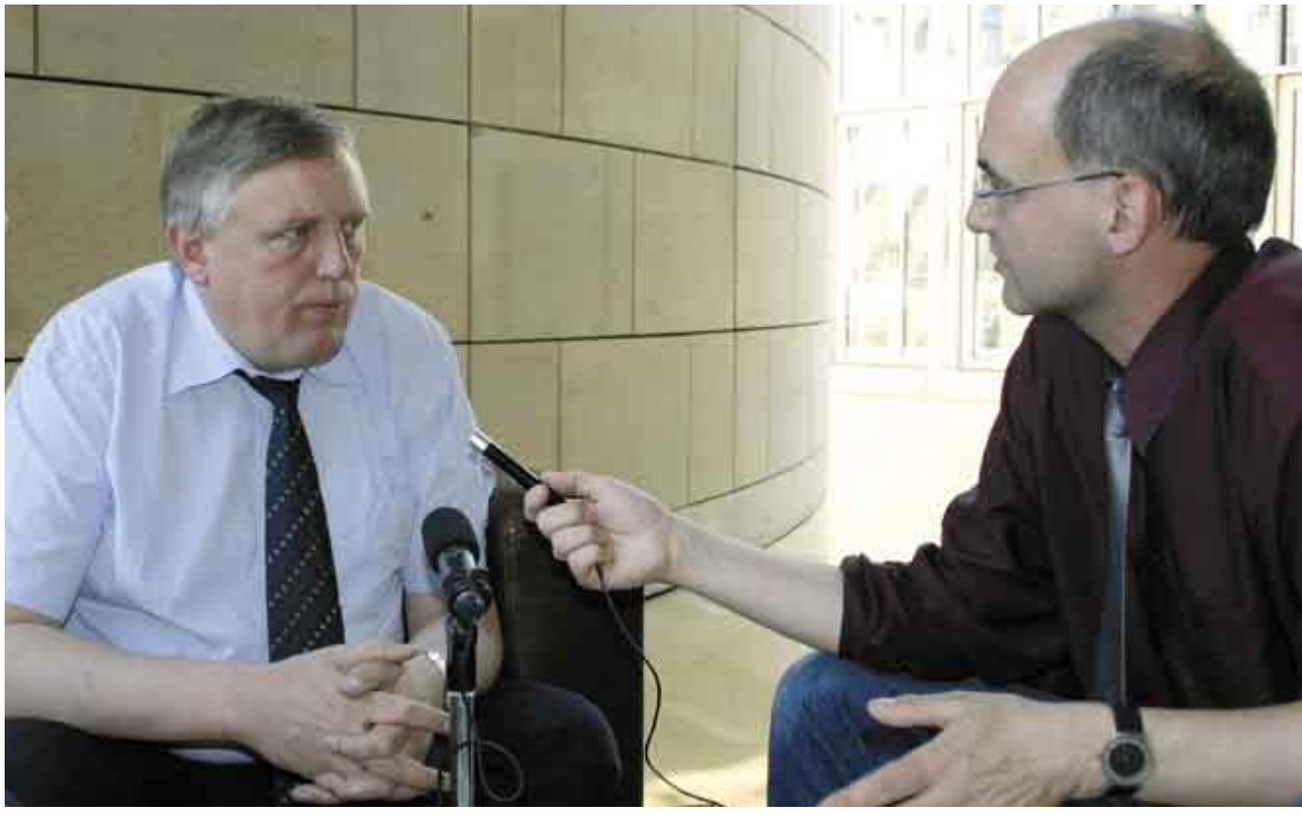
Dahinter steht die Frage, ob man intelligentere Systeme entwickeln kann. Die Debatte ist so alt wie die Debatte über die Sozialhilfe. Manche Haushalte erhalten staatliche Sozialleistungen, die teilweise an Löhne von gering verdienenden Arbeitnehmern heranreichen. Ich glaube aber, dass wir Menschen von Natur aus ein hohes Interesse an Arbeit haben. Das sieht man auch daran, dass viele Menschen in Transfersystemen zuverdienen, obwohl sie wenig davon behalten dürfen oder beim Ein-Euro-Job außer Aufwandsentschädigung gar nichts bekommen, sodass ich die Debatte nicht so hoch hänge. Hätten wir genug Arbeitsplätze, würde sich die Debatte auch von selbst ein Stück weit erledigen.

► *Auf welches Niveau an Grundunterstützung können die Menschen sich in Zukunft noch verlassen? Manche halten 345 Euro für viel zu wenig, andere wollen weiter absenken.*

Ich bin nicht der Meinung, dass die Grundsicherung zu hoch ist. Ich glaube schon, dass man diesen Wert von 345 Euro fair ermittelt hat. Natürlich ist es nicht einfach, mit 345 Euro auszukommen. Aber auf der anderen Seite gibt es auch viele Menschen, die für 345 Euro plus Wohnung, plus Heizung auch den ganzen Tag arbeiten gehen. Ein Lagerarbeiter mit einem Stundenlohn von 6,50 Euro hat netto auch nicht sehr viel mehr als ein vergleichbarer Hartz-IV-Empfänger.

► *Im Regelsatz sind 2,55 Euro pro Tag für Lebensmittel für ein zehnjähriges Kind enthalten. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung rechnet vor, dass gesundes Essen täglich 1,34 Euro mehr kostet.*

Also ich sage noch einmal: Ich glaube, dass die Regelsätze so in Ordnung sind. Regelsätze müssen sich auch an den unteren Lohnstrukturen orientieren. Und deswegen kritisiere ich sie nicht. Ich halte die 345 Euro plus die Leistungen für Unterkunft und Heizung zum jetzigen Zeitpunkt für richtig bemessen. Wir müssen das Lohnabstandsgebot im Auge haben, um auch Anreize zu haben, Arbeit aufzunehmen. Das ist nicht anders machbar. Zudem sind die Betroffenen bei der Verwendung des Regelsatzes nicht an die rein statistisch ermittelte Aufteilung dieser Regelsatzleistung gebunden. Sie sind vielmehr frei in ihrer Entscheidung, wie sie den Regelsatz verbrauchen. Sie können selbst wählen, welche anfallenden Bedarfe mit welchen Beträgen gedeckt werden sollen. ►



▶ *Die nationale Armutskonferenz fordert, Sonderbedarf anzuerkennen: Lernmittel bei der Einschulung von Kindern, Mittagessen im Rahmen der Ganztagsbetreuung oder Kosten für die Fahrt zur Schule. Würden Sie sich diesen Forderungen anschließen?*

Die alte Sozialhilfe mit ihren Möglichkeiten, auch eine Sondersituation im Einzelfall über die Gewährung einmaliger Leistungen zu berücksichtigen, war nicht das schlechteste Instrument. Der Bundesgesetzgeber hat sich letztlich für eine stärkere Pauschalisierung sowohl im SGB II als auch im SGB XII entschieden. Damit sollte das „Zahlgeschehen" in den Ämtern vereinfacht werden und die persönliche Unterstützung der Betroffenen zur Überwindung der Hilfsbedürftigkeit im Vordergrund stehen. Die gleichen Leute, die heute die Pauschalisierung bemängeln, fanden damals die Sozialhilfe menschenunwürdig. Ich kann mich an diese Debatte noch sehr gut erinnern. Die alte Sozialhilfe war ein sehr gutes Sozialgesetz, und Hartz IV ist mit Sicherheit kein besseres. Lernmittel, Schülerfahrtkosten und Mittagessen in Schulen waren auch in der Sozialhilfe keine typischen Leistungen. Vorrangig sind hier die Schulträger gefragt, Lösungen zu entwickeln.

▶ *Sie bleiben skeptisch bei der Pauschalisierung von Leistungen?*

Der Preis von Pauschalisierungen ist, dass in Familien gerade dann Geld fehlt, wenn man besondere einmalige Bedarfe decken muss, für die ich vorher keine Mittel angespart habe. Deswegen bin ich dafür, dass man überlegt, ob das System der Pauschalisierung immer und überall richtig ist. Zumal wir heute die Zahl der Fallmanager so stark erhöht haben, dass ich mir eine Einzelverwaltung auch wieder gut vorstellen kann. Pauschalen haben Vorteile in der Verwaltung, aber auch eine Streuwirkung und damit ein Stück Ungerechtigkeit.

▶ *Teilen Sie die Befürchtung vieler Sozialpolitiker, dass Pauschalen leichter zu kürzen sind, indem man sagt: Generell zehn Prozent runter damit?*

Das sehe ich nicht. Wir haben beispielsweise gerade die Grundsicherung für den Ostteil unseres Landes auf 345 Euro erhöht. Und man ist nicht den umgekehrten Weg gegangen, den westlichen Teil abzusenken. Es gibt in Deutschland keine nennenswerten politischen Kräfte, die der Meinung sind, man müsse jetzt mal an dieser Schraube drehen.

„Schlosser aus Westfalen“

Seinen mächtigen Pranken sieht man an, dass sie zupacken können. Aufgewachsen auf einem Bauernhof im westfälischen Riesenbeck, arbeitete Karl-Josef Laumann (50) zunächst als Maschinenschlosser in einer Landmaschinenfabrik. 1990 ging er für die CDU in den Deutschen Bundestag und engagierte sich besonders in der Arbeits- und Sozialpolitik. Seine direkte und manchmal polternde Art zu reden kommt an bei vielen Menschen, weil er authentisch ist und nicht wie ein Berufspolitiker wirkt. Karriere hat er trotzdem gemacht: Seit Juni 2005 ist Laumann in Nordrhein-Westfalen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Ebenfalls im Juni wurde er zum Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) gewählt. Der praktizierende Katholik ist Mitglied der IG Metall und Bezirksvorsitzender der KAB Nord-Münsterland. Laumann ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Fotos: Lensing

▶ *Insgesamt geht die Schere zwischen Arm und Reich auseinander?*

Ein bestimmter Teil der Bevölkerung hat sehr, sehr gut verdient und auch erhebliche Zuwächse in Form von Zins- und Mieteinkünften. Die Leute, die von den Früchten ihrer Arbeit leben müssen, konnten in den letzten Jahren eben bei weitem mit den Steigerungen in den anderen Bereichen nicht mithalten. Und deswegen brauchen wir eine Beteiligung der Arbeitnehmer an den Kapitaleinkünften.

▶ *Stichwort „Investivlohn“?*

Ich habe den Auftrag des Präsidiums der CDU, mit der Spitze der CSU ein gemeinsames Konzept für eine Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen für die Union vorzubereiten. Ich hoffe, dass die Große Koalition das Fenster ist, um hier auch weiter einsteigen zu können. Es ist kluge Politik, die Arbeitnehmer immer stärker an den Ergebnissen der Betriebe zu beteiligen.

▶ *Wenn Sie sich so das Klima im Land anschauen: Solidarität kann man nicht per Gesetz verordnen, sondern Solidarität wächst aus der Haltung der Menschen.*

In den vergangenen Jahren war ein neoliberales Menschenbild vorherrschend. Darin war alles, was ich vertrete, von gestern. Alles sollte möglichst liberal, freiheitlich und individualistisch sein. Aber ich habe den Eindruck, dass dieser Zeitgeist mächtig auf dem Rückzug ist. Die Menschen sehen wieder, dass wir der Solidarität bedürfen und dass wir subsidiäre Systeme brauchen. Die Menschen suchen eine neue Sicherheit.

▶ *Kommt das auch bei den Reichen im Lande an?*

Das weiß ich nicht. Ich habe da so meine Bedenken bei den ganz großen Firmen, wo die Arbeitnehmer nur noch Nummern und Kostenfaktoren sind. Da würde ich mir manchmal ein bisschen mehr Verantwortung auch für den Standort NRW oder Deutschland wünschen. Aber alles in allem gibt es – gerade im inhabergeführten Mittelstand – da schon noch eine Ethik, die ich nicht in Abrede stelle.

Meine Partei ist gut beraten, zu sehen, dass auch ein Arbeitnehmer ein Stück Planbarkeit seines Lebens braucht. Dazu bedarf es einer bestimmten Sicherheit. Wie sollen sich junge Leute für Kinder entscheiden, wenn sie kein unbefristetes Arbeitsverhältnis haben? Wie sollen Menschen Eigentum in ihrem Leben erwerben, wenn sie keine gesicherte Arbeit haben? Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass Menschen, die viele Jahrzehnte Beiträge bezahlt haben, wenn sie zwölf Monate arbeitslos sind, alles das, was sie fürs Alter zurückgelegt haben, bis auf 16 250 Euro aufbrauchen müssen. Das entspricht einer monatlichen Rente von ca. 80 Euro, die man ihnen dann noch lässt.

▶ *Aber wer keine Arbeit mehr hat, braucht doch mehr Hilfe als ein Arbeitnehmer. Trotzdem will Ihr Ministerium die Zuschüsse zu Arbeitslosenberatungsstellen – rund 50 000 Euro pro Stelle und Jahr – und die Arbeitslosentreffpunkte (15 000 Euro pro Jahr) ab 2008 einsparen?*

Durch die Einführung des SGB II sind der Bund und damit die ARGEn und Optionskommunen zuständig für die Langzeitarbeitslosen. Allein in NRW verfügen die ARGEn und Optionskommunen über Eingliederungsmittel in Höhe von 1,1 bis 1,2 Milliarden Euro. Mir stehen Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds in Höhe von 120 bis 130 Millionen zur Verfügung. In einer großen Stadt hat die ARGE mehr Geld für Arbeitsmarktpolitik als ich für das ganze Land. Vor diesem Hintergrund muss die Arbeitsmarktpolitik des Landes sich auf die Bereiche konzentrieren, die nicht von der ▶

Bundesagentur für Arbeit oder den Optionskommunen und ARGEn abgedeckt werden. Und das Thema Langzeitarbeitslosigkeit ist einwandfrei eine Aufgabe, die nach dem SGB II neuerdings den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen obliegt.

Was tun Sie in der Arbeitsmarktpolitik?

Diese Landesregierung investiert erheblich in den Bereich der jungen Leute, die noch nicht ausbildungsfähig sind. Man darf nicht vergessen, dass wir zurzeit weit über 4 000 junge Leute im Werkstattjahr haben. Es wird ein Bildungsscheck in NRW finanziert, wovon ich alleine in einem Jahr 100 000 ausgegeben habe. Ein einzigartiges Instrument in ganz Europa. Wenn man als neuer Minister neue Akzente in der Arbeitsmarktpolitik setzt, muss man sich aus anderen Bereichen zurückziehen. Ich möchte das Geld, das dem Land für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung steht, gerne für Menschen einsetzen, die keine Ansprüche gegenüber ARGEn und Optionskommunen haben. Dazu gehören zum Beispiel auch Integrationsbetriebe für behinderte und nicht behinderte Menschen im ersten Arbeitsmarkt. Und Sie kennen ja auch mein Steckenpferd, den Kombilohn. Für Menschen, die keine Chance auf eine Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt haben, aber die auch nicht in eine Behindertenwerkstatt gehören, organisieren wir eine Kombination aus staatlichen Transferleistungen und eigenem Arbeitseinkommen.

Sie haben sich sehr stark für den Kombilohn eingesetzt. Können Sie ein erstes Fazit des Modellprojektes in NRW ziehen?

Wir haben die Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen, die Wohlfahrtsverbände und weitere arbeitsmarktpolitische Akteure aus den Regionen in die Entwicklung unserer Idee eingebunden. Alle Beteiligten haben zugesagt, uns zu unterstützen und diesen Weg zu gehen. Schon fast 1 500 Personen (Stand: Mai 07) können in NRW auf Kombilohnarbeitsplätzen einer Erwerbsarbeit nachgehen. ARGEn und Optionskommunen haben darüber hinaus zugesagt, weitere ca. 4 000 Stellen in den nächsten Monaten zu finanzieren. Wir sind in NRW Vorreiter bei der Umsetzung einer bundeseinheitlichen Regelung zum Kombilohn. Denn der Kombilohn NRW wird nun weitgehend als Dauerförderansatz im SGB II verankert. Das bedeutet, dass allein in NRW 20 000 vermeintlich chancenlose Erwerbslose doch wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Kombilohn ist kein Allheilmittel für alle Arbeitslosen. Diejenigen, die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt haben, sollen dabei unterstützt werden, diese zu ergreifen. Sie dürfen nicht in der Sackgasse von Ein-Euro-Jobs, Mini-Jobs oder ABM landen. Zeitlich begrenzte Eingliederungszuschüsse und Hinzuverdienstregelungen müssen so ausgestaltet werden, dass auch tatsächlich Arbeitsanreize bestehen und der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht wird.

Aber es geht doch um Folgendes: Auf dem Riesenmarkt der Betreuung und Hilfe für ältere und kranke Menschen müssen Leistungen auch regulär angeboten werden. Da geht es nicht um Pflege, es geht vor allem um Betreuung. Es muss jemand da sein. Für den Bereich der haushaltsnahen Leistungen müssen wir daher mehr Angebote machen. Wenn wir nicht bald diese Märkte mit unseren Strukturen bedienen, werden wir einen riesigen Zukunftsmarkt für das Soziale verlieren und damit auch Arbeitsplätze für einen bestimmten Teil von Menschen.

Wie sehen Sie die Zukunft unseres Sozialstaatsmodells? Wird die soziale Marktwirtschaft, das deutsche Modell, den Vergleich mit dem angelsächsischen Kapitalismus oder dem skandinavischen Wohlfahrtsstaat bestehen?

Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass die christliche Soziallehre das beste Gesellschaftsmodell ist, das die Menschen jemals erfunden haben. Die Menschen sind nicht dafür bestimmt, dass wir individualistisch und alleine durchs Leben gehen. Was ich mir sehr wünschen würde, ist, dass unsere beiden Kirchen das Thema wieder mehr nach vorne schieben. Ich glaube, dass die Kirchen unverzichtbarer Bestandteil sind, wenn wir eine wertegebundene Gesellschaft bleiben wollen.

Vielen Dank für das Gespräch! ◄

Das Interview führte Markus Lahrmann.

Mit ihrem Modellprojekt ist die Caritas in NRW innovativ und sehr erfolgreich.

Eigentum verpflichtet

Der Staat muss soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit gewährleisten, wenn er eine Zukunft haben will

Von Andreas Meiwes

Der Sozialstaat ist in der Defensive. Die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit, die Ausweitung der Staatsverschuldung belasten die finanzielle Basis der Sicherungssysteme vor allem für den arbeitenden Teil der Bevölkerung. Angesichts wirtschaftlicher Probleme in der Folge der Wiedervereinigung, der Globalisierung und der demografischen Entwicklung in Deutschland („Überalterung") wird der soziale Ausgleich zunehmend unter Kosten-Aspekten diskutiert. Inzwischen ist auch wissenschaftlich belegt, was die Caritas schon lange weiß: Wir haben ein echtes Armutsproblem.

Immer mehr Menschen sind auf Lebensmittel von Tafeln oder „fairen" Kaufhäusern angewiesen. Hier Kunden der Recklinghäuser Tafel. Foto: Westbeld

Besonders nach der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Arbeitsmarktreformen) ist ein deutlicher Anstieg der Nachfrage in Suppenküchen, Kleiderkammern und Möbellagern der Caritas zu verzeichnen. Betroffen sind vornehmlich Familien und Kinder. Jedes vierte Kind in NRW lebt an und unter der Armutsgrenze, Tendenz steigend. Ist das hinnehmbar? Ist das die Zukunft des Sozialstaates? Sieht so das Land aus, in dem wir leben wollen?

Der Sozialstaat ist nicht am Ende, er ist aber einem radikalen Umbau unterworfen. Dabei ist die Position von Kirche und Caritas selbstverständlich: Sie können und dürfen die aktuellen Entwicklungen nicht geschehen lassen, ohne sich für die Verlierer stark zu machen. Es reicht dabei nicht aus, Suppenküchen zu öffnen und Kleiderkammern zu gründen. Die Caritas muss sich weiter und deutlich hörbar zu Armut und deren Ursachen positionieren und mit Nachdruck die Forderung nach einer Verbesserung der Lebenssituation der Armen in den Diskurs mit Staat und Gesellschaft einbringen. Das ganzheitliche Eintreten für die Armen ist Ausdruck unseres vom Glauben geprägten Menschenbildes.

Demokratie braucht sozialen Ausgleich

Als sozialer Rechtsstaat hat unser Staat eine konstitutive Funktion für die Demokratie. Er ist bestrebt, soziale, also auch materielle Unterschiede in den Lebensbedingungen der Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade auszugleichen. Die Teilhabe aller an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen muss gewährleistet sein. Unter einem solchen Verständnis von Solidarität im Gemeinwesen ist die Armut von 800 000 Kindern in NRW nicht hinnehmbar.

Markt braucht sozialstaatliche Basis

Aber auch die leistungsfähige Wettbewerbsordnung (der „Markt") braucht eine sozialstaatliche Sicherung, um optimal funktionieren zu können. Hohe Flexibilität und Effektivität – wie sie kennzeichnend für moderne Märkte sind – brauchen Systeme der Sicherung für Risiken des Einzelnen. Nur wer sich bei Krankheit abgesichert weiß, kann als Gesunder leistungsfähig und effizient seine Arbeit tun.

Um die Ressourcen der modernen Gesellschaft optimal nutzen zu können, dürfen zudem die Unterschiede in Bildung, Kompetenzen, Teilhabechancen etc. nicht so groß werden, dass wesentliche Teile der Bevölkerung ausgegrenzt werden und damit ausfallen. Trotz der eingangs erwähnten offensichtlichen und nicht gerade kleinen Probleme zeigt sich: Wer den Sozialstaat abschaffen („liberalisieren") will, verstößt gegen die christliche Auffassung von der Würde und Gottesebenbildlichkeit des Menschen, gefährdet den Zusammenhalt der demokratischen Gesellschaft und schmälert die Effizienz der modernen Marktwirtschaft. Das können wir uns nun eben auch nicht leisten.

Sozialmodell als europäisches Erfolgsmodell

Haben wir von der Europäischen Union in der Diskussion um ein europäisches Sozialmodell neue Impulse für den deutschen Sozialstaat zu erwarten?

Positiv festzustellen ist, dass es in allen Ländern Europas einen Konsens darüber gibt, dass Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und die Versorgung im Alter auf nationaler Ebene abgesichert werden und dass dafür entsprechende Institutionen geschaffen wurden. Dies ist der Kern dessen, was von einem europäischen Sozialmodell bisher sichtbar ist. Wenn man es mit der sozialen Realität auf anderen Kontinenten vergleicht, muss man diesen Konsens auch als eine europäische Errungenschaft anerkennen. Darüber hinaus verbindet sich für die einen der Begriff des europäischen Sozialmodells mit der Hoffnung auf die Festlegung von möglichst hohen Standards der sozialen Sicherung im Raum der Europäischen Union, während andere in dem Begriff nur eine Verschleierung der Untätigkeit der Kommission sehen können, die sich ansonsten auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik beschränkt, die Arbeitsplatzabbau in der EU in großem Stil in Kauf nimmt, um die Liberalisierung der Wirtschaft voranzutreiben, von der letztlich das Heil erwartet wird.

Letztlich zeigt die Diskussion aber nur, dass es für die Politik nicht tauglich ist, auf die Europäische Kommission zu zeigen, wann immer Reformen im eigenen Land gerechtfertigt werden müssen. Über die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in den Mitgliedsstaaten wird auch weiterhin durch einen politischen Willensbildungsprozess auf nationaler Ebene entschieden.

Die Voraussetzungen in Deutschland sind nicht schlecht. Es ist ja grundsätzlich genug Geld da. Die Frage nach den Prioritäten, also auch nach materiellem Ausgleich oder Umverteilung, werden wir also immer wieder hier stellen müssen.

Für diese Fragen braucht es eine Sicht des Ganzen, eine stärker volkswirtschaftlich orientierte Sicht. (Auch der Caritas könnte eine weitere volkswirtschaftliche Zurüstung nicht schaden.) Einschnitte im sozialen Bereich werden ja regelmäßig mit ihrer angeblichen wirtschaftlichen Unvermeidbarkeit begründet. Die Folgewirkungen bleiben häufig unbedacht oder werden vernachlässigt.

Um-„Steuern“ und Umverteilen

Dass zum Beispiel ein Viertel der Kinder in NRW bedingt durch Armut schlechte Chancen auf eine anständige Ausbildung haben und voraussehbar schlecht in den Arbeitsmarkt integriert werden können, wird zur Folge haben, dass in der nächsten Generation noch weniger Menschen, als durch die demografische Entwicklung vorhersehbar ist, an der Wertschöpfung in NRW beteiligt sein dürften. Dies könnte sich viel gravierender auf den Lebensstandard der dann Berenteten auswirken als das relative Rentenniveau.

In jedem Sozialstaat ist die konkrete Gestaltung von Umverteilungsprozessen Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Diese Umverteilungsprozesse finden in Deutschland zu einem nicht unerheblichen Teil über die sozialen Sicherungssysteme statt, die an den Faktor Arbeit gebunden sind. Die hohe Belastung des Faktors Arbeit mit Nebenkosten ist auch auf diese Umverteilungsprozesse in den Sozialversicherungssystemen zurückzuführen.

Die Rentenversicherung ist hier ein gutes Beispiel: Die Ausgaben für „versicherungsfremde“ Leistungen, also für alle Zahlungen, denen keine geleisteten Beiträge gegenüberstehen, übersteigen den Zuschuss der Bundesregierung aus Steuermitteln bei weitem. Würden Leistungen wie Anrechnung von Kindererziehungszeiten, Rentenzahlung an Aussiedler und Rentner in den neuen Bundesländern, Vorruhestandsrenten (bis 1997 ohne Abschläge möglich) durch den Bundeszuschuss aus Steuermitteln abgedeckt, wäre nach Berechnungen des Wirtschaftsweisen Peter Bofinger im Jahr 2003 eine Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 19,5 % auf 17,2 % möglich gewesen.

In der Arbeitslosenversicherung werden umfangreiche Maßnahmen zur beruflichen Förderung bezahlt. Diese Leistungen haben höchstens mittelbar mit der Absicherung des Einkommens im Falle der Arbeitslosigkeit zu tun. Durch die Diskrepanz von hohen Ausgaben und geringeren Einnahmen in den neuen Bundesländern wird über die Arbeitslosenversicherung auch ein erheblicher Teil des West-Ost-Transfers geleistet.

Das erste Mittel des Staates zur Organisation von Umverteilungen ist das Steuersystem. Es würde den sozialen Sicherungssystemen guttun, wenn sie von den Umverteilungsaufgaben entlastet würden, zumal das heute praktizierte Verfahren nicht sehr transparent ist und vor allem eben Arbeitseinkommen überproportional belastet, während alle anderen Einkunftsarten von Umverteilungsaufgaben freigestellt werden. Dies ist nicht nur intransparent. Es ist auch schlicht ungerecht. Und manchmal muss es auch der Caritas erlaubt sein, an Artikel 14 des Grundgesetzes dieses Staates zu erinnern: „Eigentum verpflichtet!“ ◄

Andreas Meiwes ist Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Essen und Herausgeber von „Caritas in NRW“.

Armutsrisiko für Familien gestiegen

Landesregierung legt mit dem Sozialbericht NRW einen Reichtums- und Armutsbericht vor

Das Armutsrisiko in Nordrhein-Westfalen hat sich besonders für Familien mit Kindern weiter erhöht. Nach dem von der NRW-Landesregierung veröffentlichten Sozialbericht 2007 sind 2,57 Millionen der etwa 18 Millionen Einwohner „einkommensarm". Sie haben monatlich weniger als 615 Euro, die Hälfte des Durchschnittseinkommens in NRW, zur Verfügung (Daten von 2005). Das Risiko, arm zu werden, steige aufgrund von Arbeitslosigkeit, fehlender Schul- und Berufsabschlüsse, bei kinderreichen Familien, Zuwanderern und in Scheidungsfällen, sagte NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann bei der Vorlage des Berichts.

Besonders schwerwiegend und dringend lösungsbedürftig sind die Folgen von finanzieller Armut für Kinder. 24,5 Prozent der 3,3 Millionen Kinder in NRW leben in einem einkommensarmen Haushalt. Das bedeutet, dass fast jedes vierte Kind von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Kinobesuch, Schwimmen, Klassenfahrten, Geburtstage ...) und von Bildung (Theater- oder Museumsbesuch, Musikschule, Philharmonie, Lehrmaterialien, Nachhilfe, Bücher ...) weitgehend ausgeschlossen ist. Seine Chancen auf einen Schulabschluss oder einen Ausbildungsplatz, der ein Erwerbseinkommen oberhalb der Armutsschwelle zulässt, sind gering.

Seit 2000 hat sich der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung in NRW von 13,7 auf 14,3 Prozent erhöht. 1996 betrug die Armutsquote erst 12,5 Prozent. Besonders prekär ist die Lage bei den Zugewanderten. Etwa ein Drittel (1,3 Millionen) der ca. vier Millionen Menschen mit Migrationshintergrund lebt in einkommensschwachen Haushalten; bei den Türkischstämmigen sind es sogar 44 Prozent.

Gleichzeitig hat sich die Schere zwischen Reichen und Armen weiter geöffnet. Von 1998 bis 2003 wuchs das Vermögen der reichen Haushalte um durchschnittlich 17,5 Prozent. Gleichzeitig sank das Vermögen der nicht reichen Haushalte um 2,5 Prozent. 61 000 Bürger verdienen über 185 000 Euro jährlich, im Jahr 2001 lebten in NRW knapp 3 200 Einkommensmillionäre (aktuellere Daten liegen nicht vor). Sozialminister Laumann warnte aber vor einer „Neiddebatte" und lehnte eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ab („diese Messe ist gesungen").

Selbst ein gesicherter Arbeitsplatz schützt nicht vor Armut. Laut Sozialbericht müssen 6,7 Prozent der Erwerbstätigen in NRW zusätzlich zu ihrer Beschäftigung ergänzende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II beantragen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Diese Menschen gelten als arm trotz Arbeit. Die Situation wird als „Working Poor" umschrieben. In kurzer Zeit stark zugenommen hat die Zahl der überschuldeten Personen. Sie stieg von 2004 bis 2005 um 6,5 Prozent auf 720 000. Als Grund nannte Laumann die hohe Arbeitslosigkeit. Bedenklich sei auch, dass viele

Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann forderte bei der Vorstellung des Sozialberichts eine breite sozialpolitische Diskussion im ganzen Land.
Für die Freie Wohlfahrtspflege setzten sich Nikolaus Immer (Diakonie Rheinland), Frank J. Hensel (Diözesan-Caritasdirektor Köln) und Claudia Nobis (Geschäftsführerin „Auf Achse Treberhilfe", Köln) dafür ein, den Armen eine Stimme zu geben.
Fotos: Lahrmann

Essen in den offenen Ganztagsgrundschulen muss auch für Kinder aus armen Familien bezahlbar sein, fordert die Freie Wohlfahrtspflege. Foto: Westbeld

Regelsätze nach dem SGB II und XII	monatlich
Kinder bis zur Vollendung des 14 Lebensjahres	**207 Euro**
Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 17. Lebensjahres	**276 Euro**
Lebt nur eine Person über 18 Jahre im Haushalt	**345 Euro**
Leben zwei Personen über 18 Jahre im Haushalt, jeweils	**311 Euro**

der Betroffenen Probleme im Umgang mit Geld hätten: „Sie haben Sparen nie gelernt."
Der Sozialminister befürchtet außerdem angesichts von immer mehr Teilzeitarbeit, Niedriglöhnen und unterbrochenen Erwerbsbiografien eine massenhafte Altersarmut. Mit Stundenlöhnen zwischen 5,50 und 7 Euro sei eine Rente oberhalb der Grundsicherung kaum erreichbar. „Wer ein Leben lang gearbeitet hat", so der Minister, „darf im Alter nicht in die Bedürftigkeit rutschen."

Hensel: „Kinderarmut ist ein Skandal"

Erstmals enthält der Landessozialbericht einen eigenen Berichtsteil der Freien Wohlfahrtspflege (Kapitel VIII) und eine Armutsberichterstattung aus kommunaler Perspektive. Damit kam das Ministerium der Forderung nach, andere Akteure und insbesondere die Freie Wohlfahrtspflege bei der Gestaltung und Ausarbeitung des Berichts einzubeziehen bzw. deren Sichtweise zu berücksichtigen.
Die Zunahme der Kinderarmut nannte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel bei der Vorstellung des Berichts „einen Skandal, der uns teuer zu stehen kommen wird". Armut sei inzwischen Normalität. „Sie kriecht hinauf ins sogenannte Bürgertum", sagte Hensel. Der Caritasdirektor, der auch Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Armut und Sozialberichterstattung" der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (LAG) ist, kritisierte die Regelsätze der sozialen Grundsicherung als „wirklichkeitsfremd". Besonders Kinder, chronisch Kranke oder ältere Menschen mit hohen Zusatzkosten seien benachteiligt. Die Wohlfahrtsverbände fordern beispielsweise bei der Einschulung von Kindern die Anerkennung von „Sonderbedarf" in Ergänzung zum Regelsatz. Die Lernmittelfreiheit gehöre zudem auf die Tagesordnung der landespolitischen Diskussion. An die Kommunen appellierte Hensel, generell für einkommensarme Menschen Bildungs- oder Teilhabepässe einzuführen, die eine vergünstigte Teilnahme an Kultur-, Sport- und Freizeitaktivitäten ermöglichen. Das Essen in den offenen Ganztagsgrundschulen müsse auch für Kinder aus armen Haushalten bezahlbar sein und dürfe die im Regelsatz vorgesehenen durchschnittlichen Kosten für ein Mittagessen in Höhe von 98 Cent pro Tag nicht übersteigen (siehe auch folgendes Interview). ◄

Markus Lahrmann / Michaela Hofmann

Um den Sozialbericht und seine Ergebnisse auf der kommunalen Ebene zu diskutieren und vor Ort Lösungen zu finden, hat die Freie Wohlfahrtspflege ihre Einrichtungen und Dienste aufgefordert, Aktionen durchzuführen. Informationen hierzu können unter der Internetadresse www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de abgerufen werden.
Der vollständige Sozialbericht ist unter www.mags.nrw.de einzusehen, es gibt ihn in einer Kurz- und einer Langfassung.

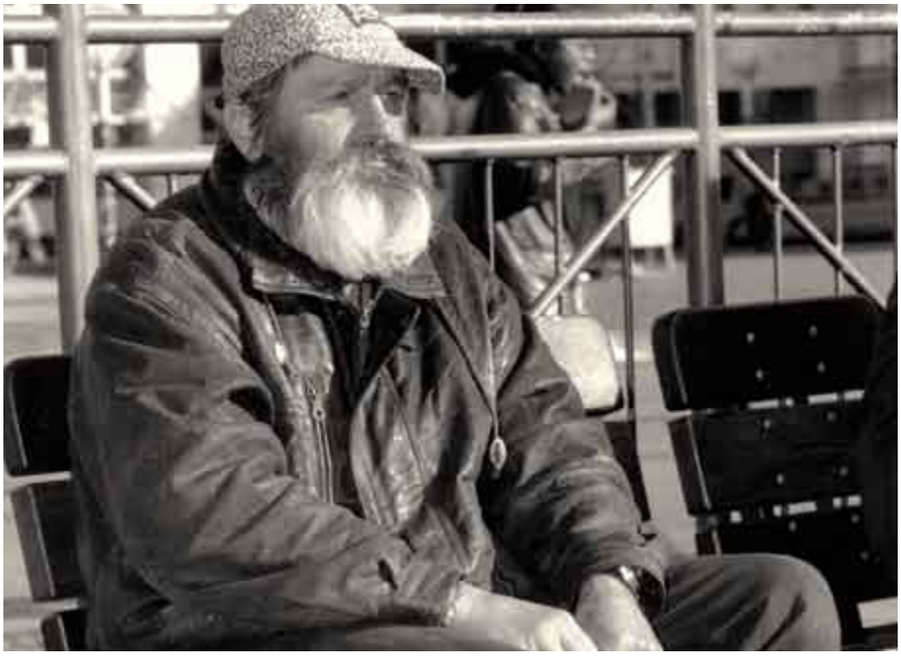
Weitere Infos: Michaela Hofmann (DiCV Köln), Tel. 02 21 / 20 10-2 88, E-Mail: michaela.hofmann@caritasnet.de

Die 345 Euro teilen sich rechnerisch auf:

Nahrungsmittel	**132,71**
Bekleidung/Schuhe	**34,26**
Wohnen/Strom	**25,93**
Haushaltsgegenstände	**27,70**
Gesundheitspflege	**13,17**
Verkehr	**19,20**
Nachrichtenübermittlung	**22,37**
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	**39,48**
Gaststättenbesuche	**10,06**
Sonstiges (Friseur etc.)	**20,13**

„Armen eine Stimme geben“

Die Freie Wohlfahrtspflege verantwortet im Sozialbericht NRW 2007 der Landesregierung ein eigenes Kapitel



Teilhabepässe wären ein Mittel, um auch Armen Zugang zu kulturellen und sportlichen Veranstaltungen zu ermöglichen. Foto: Pohl

Caritas in NRW: *Zum ersten Mal hat die Landesregierung Kommunen und Freie Wohlfahrtspflege an der Erstellung des Landessozialberichts beteiligt. Gerät die Caritas da nicht in eine „Zwickmühle“, wenn es um die anwaltliche Vertretung der Interessen von Armen und Benachteiligten geht?*

Dr. Hensel: Keineswegs! Die Freie Wohlfahrtspflege und damit die Caritas steht ja nur für einen Teil des Landessozialberichts, das Kapitel VIII. Diesen Teil haben wir eigenständig und durchaus mit Selbstanspruch gestaltet. Wir geben Einblick in die Lebenslagen armer und benachteiligter Menschen. In insgesamt 24 Fallbeispielen zeigen wir Gesichter von Armut; so wie sie unseren Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern jeden Tag in NRW begegnen. Armut vor unserer Haustür ist für viele Menschen immer noch befremdlich. In unserer separierten Gesellschaft gibt es nur wenige Berührungspunkte zwischen den Schichten und Milieus, zwischen Arm und Reich. Von daher beginnt die Anwaltschaft für mich damit, Sichtweisen und Interessen von Betroffenen Gehör zu verschaffen, Armen eine Stimme zu geben.

Aber natürlich dürfen wir dabei nicht stehen bleiben. Die Wohlfahrtsverbände sind auch Mitgestalter des Sozialstaats, kritisch-konstruktive Partner der politisch Verantwortlichen. Wir haben in unserem Berichtsteil im Anschluss an jede Fallschilderung konkrete sozialpolitische Lösungsvorschläge entwickelt. Viele Menschen können und wollen gegen Armut und Ausgrenzung vorgehen. Diese Kräfte möchten wir stärken – etwa durch einen ehrlichen Dialog und gute Vorschläge.

▶ *Wenn Sie als Mitautor des Landessozialberichts einen Blick auf die verschiedenen Lebenswirklichkeiten in Nordrhein-Westfalen werfen – wie stellen sich Ihnen Lebenslagen armer Menschen dar?*

Armut bedeutet Ausgrenzung, und genau das macht Armut besonders schlimm. 825 000 Kinder und Jugendliche in NRW leben derzeit in einem einkommensarmen Haushalt. Das heißt, dass für ein zehnjähriges Kind im Monat insgesamt 207 Euro für Lebensmittel, Kleidung, Schuhe, anteilige Strom- und Ansparkosten für Haushaltsgegenstände, Gesundheitspflege, Bildung, Kultur und Freizeit zur Verfügung stehen. Das ist komplett wirklichkeitsfremd. Die Wohlfahrtsverbände fordern eine aufrichtige Berechnung der Regelsätze für die Sozialhilfe und das Arbeitslosengeld II, insbesondere mit Blick auf die Bedürfnisse von Kindern.

▶ *Was kann man tun gegen die Ausgrenzung durch Armut?*

Ob Armut mehr oder weniger ausgrenzt, darüber entscheidet in NRW trotz einheitlicher Gesetzesgrundlage oft der Wohnort. Einige Städte und Kreise wie Bonn, Köln, Düsseldorf, Münster, Moers, Kleve oder Steinfurt haben z. B. Bildungs- oder Teilhabepässe eingeführt, die einkommensarmen Menschen vergünstigten Zugang zu Vereinen, Schwimmbädern, Theatern, Museen oder der Volkshochschule gewähren. Leider existieren keine überregionalen Vereinbarungen für solche Bildungs- oder Teilhabepässe, ebenso wenig wie zur Übernahme von Unterkunfts- und Heizungskosten oder Beiträgen für das Mittagessen in der offenen Ganztagsschule. Wir wünschen uns eine stärker moderierende und steuernde Rolle der Landespolitik. An die Kommunen und ihre Spitzenverbände appellieren wir, generell für einkommensarme Menschen Bildungs- oder Teilhabepässe ein-

zuführen und dafür einen würdigen Standard in ganz Nordrhein-Westfalen festzulegen.

► *Welche Maßnahmen sollte die Landesregierung zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in NRW jetzt am dringlichsten in die Wege leiten?*

Bildung ist ein entscheidender Faktor in der Armutsprävention, und Bildungspolitik ist Ländersache. Also sollte die Landesregierung die sozialen Voraussetzungen für gelingende Bildungsprozesse in den Blick nehmen und soziale Bildungsbenachteiligungen abbauen. Konkret heißt das, in Nordrhein-Westfalen die Lernmittelfreiheit und einmalige Zuschüsse für schulische Sonderbedarfe, etwa die Einschulung, (wieder) einzuführen. In den offenen Ganztagsschulen muss ein gesundes, ausgewogenes Mittagessen für alle Kinder vorgehalten werden; für Kinder aus einkommensarmen Haushalten am besten kostenlos, zumindest aber nicht teurer als die im Regelsatz vorgesehenen durchschnittlichen Kosten für ein Mittagessen in Höhe von 0,98 Euro pro Tag. Bildung erfordert Mobilität, deshalb brauchen junge Menschen in Schule und Ausbildung, aber auch Arbeitslose und Bedürftige Fahrkarten für den öffentlichen Personennahverkehr zu günstigen Preisen.

► *Wie wird die Freie Wohlfahrtspflege nach der Veröffentlichung des Landessozialberichts weiterhin Armen eine Stimme geben?*

Unmittelbar im Anschluss an die Pressekonferenz mit Minister Laumann hat auch die Freie Wohlfahrtspflege ihren Berichtsteil und ihre Lösungsvorschläge in Düsseldorf präsentiert. Seitdem finden in ganz Nordrhein-Westfalen dezentrale Veranstaltungen der örtlichen Wohlfahrtsverbände statt, die Armut in der Region zum Thema machen und Armen vor Ort eine Stimme geben. Minister Laumann hat inzwischen angekündigt, eine sozialpolitische Diskussion im ganzen Land führen und bis zum Ende des Jahres in jedem Regierungsbezirk Regionalkonferenzen abhalten zu wollen. Wir sind gespannt auf die Umsetzung seiner Pläne und fest entschlossen, die angekündigten Regionalkonferenzen als Freie Wohlfahrtspflege und als Caritas aktiv mitzugestalten! ◄

Das Interview führten Andrea Raab und Alfred Hovestädt.

Dr. Frank Johannes Hensel ist als Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln Mitherausgeber von „Caritas in NRW". Er ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Armut und Sozialberichterstattung" der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die sowohl die Entstehung des Sozialberichts begleitet als auch den Berichtsteil „Armen eine Stimme geben" (Kapitel VIII)

Wer arm aufwächst, hat schlechtere Bildungschancen. Foto: Pohl

Broschüre zum Jahresthema Integration

Das Jahr 2006 war das Jahr der Integrationspolitik. Die Caritas hatte ihr Jahresthema unter das Motto gestellt: „Integration beginnt im Kopf. Für ein besseres Miteinander von Deutschen und Zuwanderern." Was alles im Rahmen einer solchen Jahreskampagne an Aktionen, Veranstaltungen, Initiativen und Events stattfinden kann, zeigt beispielhaft die Broschüre „2006 – Eine Kampagne der Caritas zur Integration". Herausgegeben wurde sie vom Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen.

Einzelexemplare sind kostenlos erhältlich bei „Caritas in NRW", Tel. 02 11 / 51 60 66 20, redaktion@caritas-nrw.de.

Alltagsgeschichten

Rudi Löffelsend, Pressesprecher der Caritas im Ruhrbistum

Aufruf zum Wettbewerb „Hartz weg"

Hartz IV – ein Unwort bei der Caritas. Wir erinnern uns: Die große Reform zum Arbeitslosenrecht Anfang 2005 ist eng mit dem Begriff Hartz IV verknüpft. Herr Hartz war zu seiner Zeit VW-Personalvorstand und hatte im Rahmen einer von dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzten Arbeitsgruppe Anstöße für diese Reform gegeben. Nun ist Herr Hartz nicht mehr bei VW tätig und aufgrund eines Gerichtsurteils Anfang 2007 zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 576 000 Euro verurteilt worden. Es ging um Untreue in Tateinheit der Begünstigung eines Betriebsrates.

Diese Einführung habe ich frei übersetzt und aus dem Schreiben des Münsteraner Diözesan-Caritasdirektors Heinz-Josef Kessmann entnommen, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Caritasverbandes für die Diözese Münster davon in Kenntnis setzt, dass die Abteilungsleiterkonferenz seines Verbandes beschlossen hat, „dass es gut wäre, wenn wir ab sofort den Begriff Hartz IV in Zusammenhang mit dem Thema Arbeitslosigkeit aus unserem Wortschatz streichen. Dies gilt sowohl für mündliche Äußerungen wie auch für schriftliche Stellungnahmen."

Er bittet darum, dieses neue Unwort und die Streichung desselbigen auch aktiv umzusetzen innerhalb und außerhalb des Verbandes.

Diese Initiative zur Ächtung des Begriffes haben dann in einem gemeinsamen Beschluss die Direktoren der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln und Paderborn übernommen und ausgedehnt auf ganz Nordrhein-Westfalen.

Deshalb fordere ich hiermit dazu auf, Alternativen zu finden zu diesem doch sehr gängig gewordenen Begriff, denn die formalen Begrifflichkeiten „SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende" sind nun nicht der Renner, um im sprachlichen Alltag da weiterzukommen. Auch in der Zeitschrift „Sozialrecht aktuell" im Vorwort wird noch mal sehr deutlich darauf hingewiesen, den Begriff Hartz IV nicht mehr zu benutzen, weil es, ich zitiere: „eine Zumutung darstellt, wenn Hunderttausende Menschen, die schuldlos arbeitslos geworden sind, bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen mit dem Namen eines rechtskräftig verurteilten Exmanagers bezeichnet werden".

Schön und gut. Alles richtig, aber es muss ein neuer einprägsamer Name daher, und deshalb fordere ich alle Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift auf, kreativ zu überlegen, was denn als Ersatz kommen könnte: Einsendungen an die Redaktion von „Caritas in NRW". Dem Sieger winkt ein gemeinsames Essen mit einem Bischof, einem Direktor, einem Langzeitarbeitslosen, einem Original und einem Chefredakteur.

Erste Gütesiegel verliehen

Pilotphase des Landesprojekts Familienzentrum abgeschlossen

248 Tageseinrichtungen für Kinder haben zum Ende der Pilotphase das Gütesiegel „Familienzentrum NRW“ erhalten, das für vier Jahre gilt. Sie bekommen jährlich 12 000 Euro zusätzlich und sollen dafür Kinder und Familien fördern, beraten und unterstützen. Weitere 750 Familienzentren gehen ab Sommer 2007 an den Start.

„Wir sind einen entscheidenden Schritt weiter auf unserem Weg, Nordrhein-Westfalen zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland zu machen“, sagte NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) bei der Abschlussveranstaltung der Pilotphase in Duisburg. NRW sei das erste Bundesland, das flächendeckend Familienzentren einführt. Geplant sind landesweit 3 000 Familienzentren bis 2012. Die Auswahl erfolge durch die kommunale Jugendhilfeplanung, an der die freien Träger zu beteiligen seien.

Familienzentren sollen niedrigschwellige Angebote der Beratung und Bildung von Familien und der Betreuung von Kindern machen und damit auch verstärkt Familien mit Zuwanderungsgeschichte erreichen. Heute kämen in NRW bereits 38 Prozent der Kinder zwischen 0 und 6 Jahren aus diesen Familien, sagte Laschet. Der Minister kündigte eine Informationskampagne in Kooperation mit türkischsprachigen Medien an, um Familienzentren und Kindertagesstätten auch bei Ausländern weiter bekannt zu machen.

Laschet würdigte die „erheblichen Anstrengungen, die den teilnehmenden Einrichtungen abverlangt wurden“. Die Mühe habe sich gelohnt. Im Zuge des demografischen Wandels müssten zukünftig auch Kitas und Schulen geschlossen werden. Die Familienzentren seien dann die Orte, „die in den Sozialraum hineinstrahlen“. Das Gütesiegel solle gewährleisten, sagte Laschet, dass sich das Angebot der Familienzentren in der Praxis gegenüber der Kindertageseinrichtung durch ein „Mehr“ auszeichne.

Wohlfahrtsverbände kritisieren Verfahren

Lediglich zwölf Piloteinrichtungen erfüllten nach Angaben des Ministeriums die Gütesiegelkriterien derzeit noch nicht. „Offensichtlich unterscheiden die Gütesiegelkriterien keinesfalls trennscharf zwischen den besonderen Leistungen eines Familienzentrums und normalen Aufgaben einer Tageseinrichtung für Kinder“, kritisierte der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann. Auch sei das Anspruchsniveau der einzelnen Kriterien in verschiedenen Kategorien sehr unterschiedlich, sodass eine vergleichende Bewertung nicht gut möglich erscheine.

Kessmann mahnte eine angemessene Finanzausstattung an. 12 000 Euro jährlich seien „nicht ausreichend“. Der Caritasdirektor erinnerte daran, dass auch in den Arbeitsfeldern, die mit den Familienzentren kooperieren sollten, keine Ressourcen für die zusätzlichen Aufgaben beständen. „Gerade bei der Erziehungsberatung und der Familienbildung ist es in den letzten Jahren zu Kürzungen des Landeszuschusses gekommen“, klagte Kessmann, der auch Vorsitzender des Ausschusses Kindertageseinrichtungen der LAG Freie Wohlfahrtspflege ist.

Irritiert zeigten sich die Wohlfahrtsverbände über den oft wenig transparenten Prozess der Pilotphase. Rechtlich nicht nachvollziehbar und nicht überprüfbar seien zudem die von der Landesregierung vorgenommene „Kontingentierung und die daraus folgende Auswahl von bestimmten Einrichtungen, die den Titel ‚Familienzentrum‘ erwerben“ könnten. „Diese ordnungspolitischen Bedenken und die fachlichen Argumente müssen geklärt werden, bevor es zu einer flächendeckenden Einführung der Familienzentren kommt“, forderte Kessmann. ◄

Markus Lahrmann

Familienminister Laschet hatte einen großen Auftritt: Bei der Abschlussveranstaltung der Pilotphase konnte er vor über 1 800 Zuschauern auch den Innovationspreis NRW 2007 vergeben. Mit dem mit 5 000 Euro dotierten Preis wurden 25 besonders innovative Ansätze bei der Vernetzung von Kindertageseinrichtung, Familienbildung und -beratung ausgezeichnet. Foto: Lahrmann

„Es gibt niemand, der nichts kann“

Der erste Caritaskongress in Berlin setzt ein starkes Signal für Kinder und Jugendliche

Selbst altgediente Funktionäre waren überrascht: Der Caritaskongress in Berlin hatte gleich von Anfang an die Atmosphäre eines großen Familientreffens. Überall fröhliche Gesichter, heitere Wiedersehensszenen, intensive Gespräche am Rande, dazu ein Programm, das in weiten Teilen überzeugte. Und als unbestrittener Höhepunkt der Jahresempfang des DCV mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Kardinälen Karl Lehmann und Georg Sterzinsky sowie weiteren 900 „Caritätern“ und Gästen.

Platz auf der roten Couch (siehe „Caritas in NRW“ 1/2007) nahmen am Rande des Caritas-Jahresempfanges in Berlin Bundeskanzlerin Angela Merkel und Caritas-Präsident Peter Neher.

Der dreitägige Caritaskongress unter dem Motto „Mach dich stark für starke Kinder – Jugend ist Zukunft“ stand ganz im Zeichen der Befähigungsinitiative. Dabei geht es um Förderungsmöglichkeiten benachteiligter Kinder und größere Chancengleichheit. Bundeskanzlerin Merkel dankte der Caritas für die Mahnungen und Forderungen zugunsten der Schwachen in der Gesellschaft und insbesondere der Kinder. Sie ermutigte dazu, ein christliches Profil in der Gesellschaft zu zeigen.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, betonte, das soziale Engagement der Caritas zähle zu den Kernbereichen der Kirche. Mit Nachdruck begrüßte er die Initiative der Caritas, Kindern in Deutschland ein besseres Lebensumfeld zu schaffen. Caritas-Präsident Peter Neher erläuterte den Einsatz seines Verbandes: Mehr als 1,9 Millionen Kinder unter 15 Jahren seien in Deutschland von Armut betroffen. Das bedeute meist schlechtere Bildungsperspektiven und größere gesundheitliche Risiken. Die Caritas wolle sich verstärkt bemühen, solche Kinder stark zu machen und ihnen Chancen zu ermöglichen. „Für uns gibt es niemanden, der nichts kann“, fasste der Caritas-Präsident die Grundstimmung des Kongresses zusammen.

NRW-Prominenz am Präsentationsstand des Kombilohn-Projekts (v. l. n. r.): Arnold Biciste (OCV Rhein-Erft-Kreis), Weihbischof Franz Vorrath (DiCV Essen), Direktor Burkard Schröders (DiCV Aachen), Klaus-Peter Meinerz (Kombilohn-Projekt), Direktor Heinz-Josef Kessmann (DiCV Münster), Direktor Frank J. Hensel (DiCV Köln), Direktor Andreas Meiwes (DiCV Essen) Fotos: Lahrmann

Mit durchaus anerkennendem Applaus wurde Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen begrüßt, die dort natürlich Stellung bezog zur innergesellschaftlichen Debatte um den Ausbau der Krippenplätze. Sie wolle auf Qualität achten, versprach Frau von der Leyen. Wichtig sei die frühkindliche Bildung, aber auch das Zusammenwirken zwischen den Einrichtungen und den Eltern, sagte die Ministerin. Sie dankte den Wohlfahrtsverbänden und insbesondere der Caritas für ihr Engagement im Dienste der Schwächeren.

Der Caritaskongress mit mehr als 600 Dauerteilnehmern fand erstmals statt und soll nach der 2003 abgeschafften „großen Vertreterversammlung“ der Caritas eine neue Tradition begründen. Die Tagung war als Plattform für die Begegnung wichtiger Akteure aus Politik, Öffentlichkeit und Gesellschaft zu zentralen sozialen Fragen konzipiert. ◄

Markus Lahrmann

„Offene Atmosphäre“

Beim Caritaskongress in Berlin diskutierten Hauptamtliche und Ehrenamtliche, Praktiker und Funktionäre von Orts-, Diözesan- und Bundesebene

Caritas in NRW: *Wie fruchtbar kann ein solcher Austausch sein?*

Maria Loers: Es ist auf jeden Fall fruchtbar, dass hier die unterschiedlichsten Ebenen miteinander ins Gespräch kommen, dass man die unterschiedlichsten Aspekte mitbekommt. Man hört aufeinander und tauscht Erfahrungen aus. Das ist für Ehrenamtliche vor Ort, aber auch für die Hauptamtlichen sehr wichtig.

► *Welche Ergebnisse überraschen Sie?*

Besonders beeindruckt hat mich der Vortrag über die Sinus-Studie. Die eröffnet gute Möglichkeiten zur Reflexion: Wie kann ich zu denen Kontakt finden, die Hilfe brauchen? Was brauchen die Menschen? Das ist eigentlich die Frage, die wir immer als Erstes stellen müssten. Für unsere ehrenamtliche Basisarbeit ist diese Herangehensweise eine Bestätigung ist. Wir müssen nah bei den Menschen sein.

► *Die Caritas sucht mit diesem Kongress auch die Diskussion mit der Politik. Wird die Befähigungsinitiative wahrgenommen?*

Ich habe den Eindruck, ja. Der Jahresempfang des Deutschen Caritasverbandes war hervorragend besucht. Sowohl die Bundeskanzlerin als auch Ministerin von der Leyen haben in ihren Reden unter Bezug auf die Befähigungsinitiative der Caritas Anerkennung und Wertschätzung ausgesprochen. Das wird ja auch in den Häusern, im Kanzleramt und in den Ministerien, gehört. Daneben gibt es viele Gesprächsforen, in denen Caritas und Politik zusammenarbeiten.

► *Ist der Kongress für Sie gelungen?*

Ich finde es gut, dass dieser Kongress stattfindet. Im Gegensatz zu den Vertreterversammlungen früher besteht hier kein Druck, Entscheidungen zu fällen oder Abstimmungen durchzuziehen. Man kann sich in einer offenen Atmosphäre mit den Themen auseinandersetzen. In meinem Verband war das Interesse im Vorfeld groß, trotz Kontingentierung sind doch ganz viele gekommen. Die Stimmung ist sehr gut. Ich habe das Gefühl, da nimmt jeder was mit nach Hause.

Interview: Markus Lahrmann

Maria Loers, Vorsitzende der Caritas-Konferenzen Deutschlands und Vizepräsidentin des Deutschen Caritasverbandes

„Ich will hier raus“

Was ist aus den kickenden Straßenkindern aus Südafrika geworden, die 2003 auf Fußballtour in Deutschland waren?

Von Olaf Jansen

Einen ganzen Monat waren im Jahr 2003 südafrikanische Straßenkinder auf Fußballtour in Deutschland. Zu Gast war die Mannschaft von „Youth Unlimited“ aus den Slums von Kapstadt bei den Diözesan-Caritasverbänden Köln, Aachen und Essen, es fanden gemeinsame Trainings und Freundschaftsspiele beim 1. FC Köln, bei Alemannia Aachen und Schalke 04 statt (siehe „Caritas in NRW“ 3/2003). Die Fußballtour war Teil eines Fußballprojekts, mit dem Caritas international Straßenkindern in Khayelitsha, der zweitgrößten Township Südafrikas, Perspektiven geben will. Was ist aus den Kindern von damals geworden?, wollte unser Autor wissen.

Sie sind schon auf ihrer dritten Runde. Es ist verdammt heiß an diesem Nachmittag in Khayelitsha, aber die 30 Kinder und Jugendlichen des Fußballklubs Masakhani United laufen bei sengender Sonne und rund 30 Grad Lufttemperatur immer weiter um den Fußballplatz. „Masakhani United“ heißt auf Deutsch so viel wie „Wir machen’s gemeinsam“ – und der Name ist hier Programm: „Wir müssen uns vor dem Training zusammen warm laufen“, erklärt Karabu Khoebeni, der sich seine alten, durchlöcherten Fußballschuhe an die Füße bindet.

Khayelitsha („neues Haus“) – wie ein aufgeblähter Wasserkopf hängt die riesige Township an Kapstadts ansonsten so glänzendem Körper. Wellblechhütten, soweit das Auge reicht, viele ohne Strom und fließendes Wasser, keine Verkehrsmittel. Die Kriminalitätsrate in Südafrikas zweitgrößter Township ist enorm, man spricht von einer Arbeitslosenquote von 75 Prozent. In jeder Nacht gibt es auf der ehemaligen Schutthalde Überfälle, ein Menschenleben ist hier nicht besonders viel wert. Bis zu 1,5 Millionen Schwarze leben hier, erklärt Wayne Golding. Der 34-jährige Sozialarbeiter arbeitet im Auftrag der staatlich-kirchlichen Sozialorganisation „Youth Unlimited“ als Streetworker auf Khayelitshas staubigen Straßen und Wegen und hat vor vier Jahren mit der Unterstützung von Caritas international ein Fußballprojekt für die Kids und Jugendlichen gegründet. „Die Kinder und Jugendlichen hier haben normalerweise keinerlei Perspektiven. Viele von ihnen gehen mittlerweile zwar zu einer Schule, danach aber haben sie den ganzen Tag nichts mehr zu tun“, erklärt Golding. Er berichtet von der normalen „Karriere“ eines Kids aus Khayelitsha: „Sie hängen herum, werden kriminell. Später landen sie dann als Bettler oder Kriminelle auf den Straßen in der Innenstadt.“ Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, hat „Youth Unlimited“ begonnen, den Kids Beschäftigung, Aufgaben zu geben. Fußball ist eine dieser Beschäftigungen.

Greifen nach dem kleinsten Strohhalm

Rund 280 000 Euro investiert die Caritas jährlich in verschiedene Projekte in Khayelitsha. Arbeitslosigkeit und eine hohe Rate an Menschen, die von HIV/Aids betroffen sind, sind die Ursachen der Armut in diesem Ballungszentrum. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche, die meist noch keine Möglichkeiten haben, ihre Existenz zu sichern. Die wichtigste Partnerorganisation von Caritas international ist heute CWD (Catholic Welfare and Development) – ein 1970 gegründeter „sozialer Arm“ der Erzdiözese Kapstadt, der heute eine der größten Caritas-Organisationen im südlichen Afrika ist.

Der springende Geißbock und die Zeile „Do sin mer dabei“ auf den Trikots erinnern die Kinder an den Besuch beim 1. FC Köln bei der Deutschland-Tour 2003. Fotos: Jansen

Trotz des weiten Fußweges würde Karabu niemals ein Training freiwillig verpassen. „Ich weiß sonst gar nicht, was ich machen soll. Außerdem treffe ich hier meine Freunde“, sagt der Torhüter. Grafiker will er später einmal werden. „Aber nur, wenn es mit einer Fußball-Profikarriere nicht klappen sollte“, fügt er mit einem Lachen an.

„Alle Kids, die hier Fußball spielen, träumen davon, einmal eine Profikarriere in Europa machen zu können“, erzählt Golding, „gleichzeitig wissen sie aber sehr genau, dass ihre Chancen darauf sehr gering sind. Um sie dennoch zu wahren, machen sie bei den Trainings so diszipliniert und verlässlich mit.“ Es muss ja auch nicht gleich die große Karriere sein. Die Kids greifen schon begierig nach dem kleinsten Strohhalm, der Hoffnung auf einen Ausweg aus dem trüben Township-Leben verspricht. „Youth Unlimited“ kann solche Strohhalme bieten. 2003 beispielsweise bekamen Golding und sein schwarzer Trainer-Kollege Taski Sithole die Gelegenheit, mit einem Team nach Deutschland zu reisen. Mit dabei: der heute 21-jährige Sizwi, der auf einen kleinen Plausch beim Trainingsplatz vorbeikommt. „Ich habe damals gesehen, dass es ein Leben neben Khayelitsha gibt. Seit dieser Reise nach Deutschland weiß ich eines: Ich will hier raus. Und das kann ich nur schaffen, wenn ich viel lerne und arbeite.“ Sizwi geht mittlerweile auf ein College, das die Regierung Südafrikas vor drei Jahren an den damaligen Rand Khayelitshas gebaut hat. Heute liegt es mitten drin – wie Pilze sprießen monatlich ganze neue Wellblechhütten-Siedlungen in Khayelitsha aus dem sandigen Boden. Die Menschen hier werden immer mehr. Sizwi will Bauingenieur werden. Fußball spielt er mittlerweile nicht mehr in Taskis und Waynes Team, er wechselte in einen anderen der insgesamt 120 Vereine, die es in der Township gibt.

Dennoch ist Sizwis Geschichte durchaus beispielhaft. All jene Kinder, die 2003 bei der Reise nach Deutschland dabei waren, gehören heute nicht mehr zu jenen Kids, die auf der Straße leben und keiner geregelten Tätigkeit nachgehen. Alle gehen entweder regelmäßig zur Schule oder zum College oder haben eine regelmäßige Arbeit gefunden. Entsprechend zufrieden mit dem Fußballprojekt ist Christine Decker, die bei Caritas international das Projekt betreut. „Als wir beschlossen, Straßenkinder aus Khayelitsha für vier Wochen nach Deutschland einzuladen, gab es durchaus kritische Stimmen. Man warnte uns, die Jugendlichen könnten von dem ungewohnten Luxus hier erschlagen werden und nach ihrer Rückkehr noch größere Probleme haben als vorher. Das war dann aber gar nicht so. Als die Jugendlichen hier ankamen, waren sie sehr zurückhaltend, fast ein bisschen ängstlich. Im Laufe der vier Wochen bekamen sie dann aber zunehmend Selbstvertrauen. Wir hatten hinterher den Eindruck, sie seien in der Zeit hier regelrecht erwachsen geworden. Rückblickend kann man sagen, dass die Reise den Jugendlichen großen Antrieb für ihre Zukunft gegeben hat. Es ist meines Wissens zum Beispiel keiner von ihnen mehr in die kriminelle Szene zurückgegangen, und keiner hat die Schule abgebrochen.“

Kicken neben der Autobahn

Wie alle in Südafrika hegen auch die Jugendlichen Khayelitshas ganz besondere Hoffnungen im Hinblick auf die WM 2010. „Die Weltmeisterschaft in unserem Land kann doch sicher Jobs für uns bringen“, sagt der mittlerweile fertig im Torwart-Dress dastehende Karabu, und sein Kumpel Mdumiseni fügt an: „Einmal live im Stadion ein WM-Spiel sehen – das wäre ein Traum für mich.“ Wayne Golding und Taski Sithole verbinden etwas andere Hoffnungen mit dem zu erwartenden wirtschaftlichen Schub, den die WM zweifelsohne für das Land bringen wird. „Wir brauchen nichts mehr als Fußballfelder für unsere Kids. Schau mal“, sagt Taski, „auf diesem Schuttgelände hier“ – und er zeigt einmal um sich herum auf eine einer Mondlandschaft ähnelnde Kraterfläche – „spielen insgesamt fünf Vereine Khayelitshas mit ihren jeweils etwas sechs Mannschaften regelmäßig Fußball. Diesen Schuttplatz überhaupt Fußballfeld zu nennen, weigere ich mich. Und für die insgesamt 120 Klubs gibt es hier ein einziges Stadion, das nur am Wochenende benutzt werden darf.“

Auf ihrer Suche nach Spielmöglichkeiten sind die meisten Teams mittlerweile auf die Randstreifen der Autobahn ausgewichen. Nur wenige Meter vom Autostrom wird dort der Ball hin- und hergekickt. Die Mutigsten unter den Spielern müssen dann immer in den Verkehr laufen – den Ball wiederholen, wenn er auf die Fahrbahn gerollt ist. Fußball in Khayelitsha ist auch noch gefährlich. ◄

Ablehnungsquote gesunken

Der Negativtrend bei den Mütter- und Mutter-Kind-Kuren ist gebrochen. Im zweiten Jahr in Folge sind die Zahlen gestiegen. 8 200 Frauen und fast 13 000 Kinder fuhren in Nordrhein-Westfalen 2006 zur Kur, vermeldet der Landesausschuss des Müttergenesungswerks. Das waren knapp zwei Prozent mehr Mütter und zehn Prozent mehr Kinder als 2005.

Die Verunsicherung durch die vorletzte Gesundheitsreform, die 2002 einen Einbruch zur Folge hatte und zur Schließung mehrerer Kurhäuser führte, scheint damit überwunden. Der Vorsitzende des Ausschusses Kur und Erholung der Freien Wohlfahrtspflege in NRW, der münstersche Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann, hofft, dass die jüngste Gesundheitsreform den Aufwärtstrend verstärkt. Kuren sind jetzt wieder Pflichtleistungen der Krankenkassen.

Grund für die gestiegenen Kurzahlen ist vor allem die geringere Ablehnungsquote durch die Krankenkassen. Seit 2002 ist sie um über 50 Prozent gesunken. Kessmann führt dies vor allem auf eine qualifiziertere Beratung in den örtlichen Kurberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände zurück. Deren Zahl ist allerdings in den letzten Jahren deutlich gesunken. 27 Beratungsstellen, die aus Eigenmitteln der Wohlfahrtsverbände finanziert werden, mussten wegen der fehlenden Gelder geschlossen werden, 13 davon allein im vergangenen Jahr.

Entsprechend konnten auch nur noch 19 000 – und damit 1 000 Frauen weniger – beraten werden und sank die Zahl der gestellten Kuranträge. Für Kessmann ist es deshalb vordringlich, die Existenz der Beratungsstellen zu sichern: „Die Mütter sind stark überlastet und in der Regel schon krank, wenn sie zu uns kommen." Dann benötigten sie dringend Unterstützung. Auch meldeten die Kurhäuser zurück, dass die Kuren bei Frauen, die in einer Beratungsstelle vorbereitet worden sind, deutlich erfolgreicher seien.

Dass immer mehr Kinder mitfahren, weist laut Kessmann auf zwei Entwicklungen hin: Immer mehr Alleinerziehende benötigen eine Kur, und immer häufiger sind auch ihre Kinder krank. ◀ *Harald Westbeld*

Werkstätten suchen gemeinsam nach Arbeit

20 nordrhein-westfälische Werkstätten für behinderte Menschen haben sich zur „Gesellschaft der Werkstätten für behinderte Menschen in NRW" (GDW NRW) zusammengeschlossen.

Suchen Unternehmen normalerweise Mitarbeiter für Aufträge, ist es hier umgekehrt. Für die Arbeitsplätze der rund 18 700 behinderten und 4 000 nicht behinderten Beschäftigten sollen Aufträge beschafft werden. Optimiert werden soll dadurch die Arbeitsauslastung. Zum einen haben die Werkstätten, die gemeinsam einen Jahresumsatz von 80 bis 100 Millionen Euro aufweisen, mit der Abwanderung von Aufträgen ins billigere Ausland zu kämpfen, zum anderen reichen die Kapazitäten manchmal nicht, um Großaufträge annehmen zu können. Sitz der Gesellschaft ist in Essen. Von hier soll die zentrale Steuerung künftig erfolgen, und zusätzlich sollen neue Tätigkeitsbereiche erschlossen werden. In anderen Bundesländern gibt es bereits Zusammenschlüsse dieser Art, auf deren Erfahrungen zurückgegriffen werden kann. ◀

Neues Rekordergebnis

Die Hilfsaktion LICHTBLICKE hat eine neue Rekordspendensumme von über 2,16 Mio. Euro erreicht. Damit hat die Spendenaktion für Not leidende Kinder in Nordrhein-Westfalen bereits Ende Mai das Abschlussergebnis des vergangenen Geschäftsjahres übertroffen, das Ende September 2006 endete. Seit Oktober 2006 wurden 1 851 Anträge auf finanzielle Unterstützung bewilligt. Mit den 1 546 Mio. Euro bisher ausgeschütteten Spendengeldern konnte ca. 8 300 Kindern in NRW geholfen werden. ◀

Paul-Nordhues-Caritaspreis

Der Beirat der „Paul-Nordhues-Caritaspreisstiftung" hat für den Zeitraum 2007-2010 das Thema „Deus caritas est – Die Caritas-Enzyklika Papst Benedikts XVI. als Orientierung und Herausforderung für die pastorale Praxis" ausgeschrieben. Preiswürdige Arbeiten müssen mindestens 100 Seiten Umfang haben. Der Preis ist mit 3 000 Euro dotiert. Weitere Informationen bei: Theologische Fakultät Paderborn, Prof. Dr. H. Haslinger, Kamp 6, 33098 Paderborn. ◀

Wettbewerbsvorteile in Sicht

Sie sind starke Partner und bilden ein Pflegenetz: Bernd Bogert, Hans-Werner Quasten, Alfons Nickels, Karl-Heinz Fiegen-Stoffels, Gottfried Küppers, Klaus Nießen, Marcel Ballas und Dieter Erfurth (v. l. n. r.).

Pflegenetz „Starke Partner“ im Kreis Heinsberg geknüpft

Acht anerkannte caritative Einrichtungen im Kreis Heinsberg kooperieren zukünftig im Pflegenetz „Starke Partner“. Gemeinsam sind ihnen die christliche Werteorientierung, Kompetenz, fachliches Wissen und der Willen, Mitmenschen zu helfen. Bei einer Auftaktveranstaltung in Gangelt informierten sich über 180 Besucher über Nutzen und Ziele des Netzwerks.

„Zusammen geht es besser, und das ist gut für den Kreis Heinsberg“, freute sich der Heinsberger Landtagsabgeordnete Bernd Krückel (CDU) über die neue Kooperation. Gottfried Küppers, Geschäftsführer des Caritasverbandes für die Region Heinsberg, nannte als Ziele des Verbunds, die Nummer eins auf dem Pflegesektor in der Region Heinsberg zu bleiben. So könnten Wirtschaftlichkeit und Unabhängigkeit der beteiligten Einrichtungen auf Dauer gesichert werden. Küppers hob die Orientierung an gemeinsamen christlichen Werten hervor und lobte die Überwindung von Revierverhalten der Verbundpartner. Das Pflegenetz strebe die Entwicklung einer Dachmarke der caritativen Einrichtungen an, die zur Sicherung der Wettbewerbsvorteile kirchlicher Strukturen beitrage.

Festredner Professor Dr. Wilfried Schlüter, Management- und Planungstechniker im Gesundheits- und Pflegewesen von der westsächsischen Hochschule Zwickau, machte in seinem Vortrag deutlich, dass alle Partner von einer Kooperation profitieren können. Eine solche Kooperation diene der langfristigen Sicherung der einzelnen Einrichtungen und eines umfassenden Angebots aus einer Hand. Die Stärkung der Verhandlungs- und Marktposition werde sich nicht zuletzt im Dialog mit den Kassen bemerkbar machen.

Das Netzwerk erstreckt sich über den Kreis Heinsberg und deckt in erster Linie sämtliche Bereiche der Pflege ab. Zu den Partnern gehören: Caritasverband Heinsberg e.V., Alten- und Pflegeheim Haus Berg Brachelen und Christinenstift Gereonsweiler, Alten- und Pflegeheime St. Josef gGmbH Selfkant-Höngen und Waldenrath, Altenheim St. Lambertus Hückelhoven, Franziskusheim gGmbH Geilenkirchen, Franziskusheim und Altenheim Burg Trips, Alten- und Pflegeheim Marienkloster Dremmen, Katharina-Kasper-Altenheim der Gangelter Einrichtungen Maria Hilf, Alten- und Pflegeheim St. Josef Übach gGmbH. ◄

Susanne Schmitz

Ehrungen

Das **Goldene Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten:

17. Januar 2007: **Wilfried Frauenkron, Jutta Lewendel, Maria Nicoll, Ute Schlottke, Brigitte Ulrich**, Bethlehem-Krankenhaus, Stolberg; 22. Januar 2007: **Irmgard Deselaers, Elvira Hoppe, Cäcilia Lihs, Ursula Rapp, Marianne Schöneberg, Flora Stonoga, Marlies Tepaß, Gerda Welzkes**, kath. Kirchengemeinde St. Johannes, Willich-Anrath; 4. Februar 2007: **Trude Klüttermann**, kath. Pfarramt St. Barbara, Mönchengladbach; 23. Februar 2007: **Renate Killian**, kath. Pfarramt St. Maria Himmelfahrt, Krefeld; 1. März 2007: **Gülsen Uludag**, Lourdesheim, Aachen; 5. März 2007: **Annemarie Lochtmann**, kath. Pfarramt St. Laurentius, Niederkrüchten-Elmpt; 27. März 2007: **Anni Alt, Trudi Fink, Gertrud Huppertz**, Caritasverband für die Region Düren-Jülich e.V.; 24. April 2007: **Annette Evertz, Maria-Alice Stormanns, Bernhard Verholen**, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e.V.; 2. Mai 2007: **Karen Bailitis, Heinrich Mertens, Anneliese Spielmann, Engelbert Spielmann**, kath. Kirchengemeinde Herz Jesu, Aachen; 12. Mai 2007: **Bernhard Habermeyer**, Vinzenz-Heim, Aachen.

Organspende rettet Leben

Krankenhäuser der Region Düren diskutierten über Organspende

Trotz deutlicher Steigerung der Zahl der Organspenden in NRW in den Jahren 2005 und 2006 warten noch immer rund 2 600 schwer kranke Menschen in NRW auf ein Spenderorgan. Über die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur notwendigen Erhöhung der Anzahl von Organspendern und Transplantationen diskutierten Chefärzte und Leiter der Krankenhäuser aus Düren und der umliegenden Region mit Vertretern der Krankenhausgesellschaft, des Gesundheitsministeriums, der Krankenkassen und ihrer Verbände im St.-Augustinus-Krankenhaus, Düren.

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann liegt das Thema sehr am Herzen. „In der Transplantationsmedizin haben wir in Nordrhein-Westfalen hoch leistungsfähige Zentren, aber bei der Organspende sind wir leider Schlusslicht", bedauerte der Minister in Düren. Um schwer kranken Menschen, die auf ein Spenderorgan warten, die Chance auf ein Überleben zu geben, müsste die Zahl der Organspenden deutlich steigen. „Dazu müssen sich alle Beteiligten noch stärker in das Thema einbringen", forderte Laumann.

Karl-Ferdinand von Thurn und Taxis, Vizepräsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) und Organisator der Veranstaltung, wies darauf hin, dass nach einer aktuellen Studie des Deutschen Krankenhausinstituts die Spenderzahlen in den jeweiligen Bundesländern maßgeblich von strukturellen Einflussfaktoren bestimmt werden. Durch spezifische organisatorische Vorschläge und Verfahrensregeln sowie durch gemeinschaftliches Engagement müsste aber die Zahl der Organspenden weiter gesteigert werden können. „Hierbei werden die Krankenhäuser verantwortungsvoll mitwirken."

Ohne die Problematik des Organmangels könnten heute fast alle chronisch Kranken, die an einem Organversagen leiden, gerettet werden. „Wir müssen verhindern, dass die Liste der Patienten, die auf ein entsprechendes Organ warten, immer länger wird", erklärte Waldemar Radtke, Regionaldirektor der AOK Rheinland/Hamburg. Jeder Einzelne müsse sich seiner moralischen Verpflichtung zur Organspende bewusst werden, forderte Radtke. In ihrem Bericht über die aktuellen Zahlen und die Arbeit der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) appellierte Dr. Renate Breuer, regionale Koordinatorin der DSO, an die Krankenhäuser, ihrer nach dem Transplantationsgesetz vorgeschriebenen Mitwirkungspflicht am Organspendeprozess nachzukommen. 2006 spendeten in NRW 216 Menschen nach ihrem Tod 665 Organe. ◄ *K. Erdem*

V. l. n. r.: Bernd Koch, Geschäftsführer der Caritas-Trägergesellschaft West (ctw), Dr. Wolfgang Spithaler, Ärztlicher Direktor des St.-Augustinus-Krankenhauses, Düren, Gábor Szük, Geschäftsführer der ctw, Dr. Renate Breuer, regionale Koordinatorin der DSO, Karl-Ferdinand von Thurn und Taxis, Vizepräsident der Krankenhausgesellschaft NRW, Dr. Hilal Yahya, Oberarzt im Evangelischen Krankenhaus Duisburg-Nord, und NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann im St.-Augustinus-Krankenhaus, Düren

Caritas-Kunden-Centrum Krefeld

Von Montag bis Samstag können Interessierte im Kunden-Centrum der Caritas in Krefeld Fragen zu den Hilfsangeboten der Caritas stellen.

Abwechselnd informieren Mitarbeiter des Verbandes und der Caritasheime über zahlreiche Dienste rund um die Betreuung pflegebedürftiger Menschen. Gut besucht werden auch die Aktionstage, die in der Presse bekannt gegeben werden. Dann stellen Mitarbeiter aus den verschiedenen Fachdiensten ihre Produktpalette vor. Mal informieren Mitarbeiter der Pflegestationen über die häusliche Pflege, oder ein anderes Mal beantworten Mitarbeiter des HausNotRufes Fragen. Wenn an einem Aktionstag der Umzug in ein Pflegeheim thematisiert wird, geben die Mitarbeiter des Sozialdienstes Auskunft über die unterschiedlichen Möglichkeiten.

Besonders groß ist das Interesse am FairKauf-Kaufhaus und an der Kleidertruhe, aber auch Migranten fragen nach dem Fachdienst für Integration und Migration. Hin und wieder kommen Jugendliche ins Kunden-Centrum und erkundigen sich nach Ausbildungsplätzen oder Bewerbungsmöglichkeiten. ◄ *Petra Strobel*

Infos zum Kunden-Centrum bei Georg De Brouwer, Tel. 0 21 51 / 63 95 28 oder unter www.caritas-krefeld.de

„Zuverlässig und zielstrebig“

Die Weihbischöfe Karl Borsch und Gerd Dicke, Bischof Heinrich Mussinghoff, der Diözesan-Caritasvorsitzende Weihbischof Johannes Bündgens und Generalvikar Manfred von Holtum (v. l.) gratulierten Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders (4. v. l.).
Foto: Gerd Schnitzler

Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders wurde 50

Gleich drei Jubiläen feierte im April der Caritaschef: Er wurde 50, ist ein Vierteljahrhundert im kirchlichen Dienst und seit zehn Jahren Diözesan-Caritasdirektor.

Die Mitarbeiter der DiCV-Geschäftsstelle und die Bistumsspitze waren am Geburtstag zunächst zu einem Gottesdienst in der Kapelle des Aachener Caritashauses gekommen. Bischof Heinrich Mussinghoff, seine Weihbischöfe Karl Borsch und Dr. Johannes Bündgens, der amtierende erste Vorsitzende des Verbandes, zelebrierten. Sein Vorgänger im Amt des ersten Vorsitzenden, der emeritierte Weihbischof Dr. Gerd Dicke, würdigte Schröders beim anschließenden Empfang als einen enorm einsatzbereiten, zuverlässigen und zielstrebigen Mann, dem es gelungen sei, die großen Umbrüche bei der Caritas stets menschlich zu gestalten. Es sei Schröders Fleiß und Weitsicht zu verdanken, dass der Verband, auf dessen Hilfe täglich 50 000 Menschen im Bistum zählen, durch finanziell schwierige Zeiten gut geführt wurde, so Dicke. Den Wunsch des Weihbischofs, Schröders möge auch in Zukunft gelassen bleiben, nahm der Saxophonist Heribert Leuchter auf. Er intonierte den Song „Versuch’s mal mit Gemütlichkeit“. Vom Vorstand bekam Schröders, der begeisterter Heimwerker ist, eine Bohrmaschine geschenkt. Damit der Caritasdirektor nach dem Bohren dicker Bretter entspannen kann, schenkten ihm die Mitarbeiter der Geschäftsstelle einen erlesenen Rotwein. ◄

Erster Kombilöhner

Lohnkostenzuschuss der ARGE im Kreis Aachen

Nun gibt es auch im Bistum Aachen eine erste Kombilohnstelle im Rahmen des NRW-Modellprojektes „Gut kombiniert“. In Zusammenarbeit mit SPRUNGbrett, der Beschäftigungsinitiative des Kreises Aachen, wurde der neue zusätzliche Arbeitsplatz im Wohn- und Pflegeheim Maria Hilf (Baesweiler-Setterich) zunächst auf zwei Jahre befristet eingerichtet.

Marcellino Garcia ist mit seinem neuen Arbeitsplatz zufrieden.
Foto: Kremer-Kerschgens

Dort arbeitet jetzt Marcellino Garcia. Für den 58-jährigen Spanier bedeutet das das Ende einer langen Arbeitslosigkeit. Garcia ist angelernter Betonbauer und wurde 2003 aufgrund der Insolvenz seines Arbeitgebers arbeitslos. Er hatte im Wohn- und Pflegeheim Maria Hilf schon eine Tätigkeit im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit absolviert.
Der neue Mitarbeiter ist zuständig für eine noch bessere Versorgung der Wohnbereiche mit Getränken und Wäsche, er kümmert sich um die zusätzliche Reinhaltung, Pflege und Gestaltung der Außenanlagen. Dadurch wird für die Bewohner des Wohn- und Pflegeheimes der Service verbessert, und die Pflege-Fachkräfte werden bei der Erledigung ihrer hauptsächlichen Aufgaben entlastet. Mit seinem neuen Arbeitsplatz ist Garcia sehr zufrieden, im Haus bereits akzeptiert, freut er sich, wieder einer geregelten Arbeit nachgehen zu können.

Ulrich Zerressen, Heimleiter des Wohn- und Pflegeheimes Maria Hilf, Burg Setterich, sieht die Schaffung des neuen Arbeitsplatzes auch als Wahrnehmung der unternehmerisch-sozialen Verantwortung des Hauses sowie des Trägers, der katholischen Kirchengemeinde St. Andreas. Gemeinsames Ziel sei es, auf Dauer zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.
Möglich wurde die Einrichtung dieses neuen Arbeitsplatzes durch einen Lohnkostenzuschuss der ARGE im Kreis Aachen. In mehreren Einrichtungen und Diensten der Caritas im Bistum Aachen gibt es zurzeit Planungen zur Einrichtung von neuen zusätzlichen kombilohnfinanzierten Arbeitsplätzen. Bedingung ist, dass kein bisheriger Arbeitsplatz wegfallen darf. Der Einrichtung des Arbeitsplatzes muss die Mitarbeitervertretung zustimmen. ◄ *Elisabeth Kremer-Kerschgens*

Mit dem Kombilohnprojekt beteiligt sich die Caritas an der Initiative des Landes NRW. Für das Projekt wurde mit Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds eine zusätzliche Stelle beim Diözesan-Caritasverband eingerichtet. Elisabeth Kremer-Kerschgens (ekremer-kerschgens@caritas-ac.de, Tel. 02 41 / 4 31-2 08) und Thomas Kley (tkley@caritas-ac.de, Tel. 02 41 / 4 31-1 23) teilen sich die Stelle und haben die Aufgabe, Verbände, Einrichtungen und Dienste bei der Einrichtung neuer zusätzlicher Arbeitsplätze zu beraten und mit diesen neue Tätigkeitsfelder zu erschließen.

Reinhard Gawlak übergibt nach einer kurzen Übergangszeit die Geschäftsführung an Michael Doersch (v. l. n. r.). Foto: Gerd Schnitzler

Neuer Geschäftsführer

Eschweiler/Aachen. Nach 20 Jahren als Geschäftsführer des Caritas-Behindertenwerks GmbH (CBW) wird Reinhard Gawlak im September dieses Jahres in den Ruhestand treten. Sein Nachfolger wird der 44-jährige Diplom-Ingenieur Michael Doersch. Das Caritas-Behindertenwerk mit seinen sechs Standorten/Werken (zwei in Eschweiler, Alsdorf, Würselen, Monschau-Imgenbroich und Weisweiler) beschäftigt 920 Menschen mit Behinderungen und 250 Mitarbeiter. Der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders lobte, dass sich unter der Leitung von Gawlak das Caritas-Behindertenwerk zu einer führenden Einrichtung der Behindertenhilfe in Nordrhein-Westfalen entwickelt habe und für die gesamte Region einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor darstelle. ◄

Gerd Schnitzler

Neues Projekt der CARITAS-KINDERHILFE

Seit einem Jahr ist der Bürgerkrieg in Sri Lanka wieder aufgeflammt. Eine der Ursachen ist die wirtschaftliche und politische Benachteiligung der tamilischen Minderheit. Gegen diese Ungerechtigkeit zielt ein neues Projekt der CARITAS-KINDERHILFE. Mit Spenden aus der letzten Adventsaktion wird ein dreijähriges Projekt der Caritas Belgien und der Diözese Galle im Süden der Insel unterstützt. Auf 19 isolierten Teeplantagen werden Vorschulkindergärten eingerichtet und heruntergekommene Grundschulen renoviert und mit qualifizierten Lehrern ausgestattet. Zusätzlich sollen die teilweise noch in großer Abhängigkeit lebenden Plantagenarbeiter in Selbsthilfegruppen organisiert werden. ◄

Werner Schumacher

Mühsames Leben: Plantagenarbeiter auf Sri Lanka Foto: Gerd Schnitzler

„Ehrenamt. Jeder zählt."

Tag der Bahnhofsmissionen in Aachen

Im April fand der bundesweite Tag der Bahnhofsmissionen in Aachen statt. Damit verbunden war die Einsegnung der neuen Räume der Bahnhofsmission Aachen, Am Gleis 1, durch Weihbischof Dr. Johannes Bündgens und Pfarrer Wasselowski aus Aachen. Die Aachener Bahnhofsmission ist in ökumenischer Trägerschaft.

Bei der Feier wurde besonders das Engagement der 21 ehrenamtlichen und zwei hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervorgehoben. Über 9 000-mal wurden 2006 direkte Hilfen geleistet. Zur Bahnhofsmission kommen Menschen, die Rat und Hilfe suchen. Das Spektrum der Hilfe reicht von der Begleitung zum Zug über Umsteigehilfen, Reisebegleitung, Beratung und Vermittlung in existenziellen Notlagen, Begleitung von „Kids on Tour"-Bahnfahrten bis hin zur Organisation von besonderem Service bei Großveranstaltungen wie Katholiken- und Kirchentagen. Das Motto der diesjährigen Aktion der Bahnhofsmissionen lautete: „Ehrenamt. Jeder zählt." Von bundesweit 102 Bahnhofsmissionen beteiligten sich nur 29, so bedauerte Bundesgeschäftsführerin Eva Ziebertz aus Freiburg. ◄ *Karin Heritsch*

Neu im Dienst: die Bahnhofsmission in Aachen-Hbf., Gleis 1 Foto: Gerd Schnitzler

Ehrungen

Das **Silberne Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten:

9. Januar 2007: **Marianne Jakobs,** kath. Pfarrgemeinde St. Josef, Erkelenz-Hetzerath; 16. Januar 2007: **Sibylle de Ridder, Mechthild Sembdner-Schwan**, Vinzenz-Heim, Aachen; 17. Januar 2007: **Barbara Fuchs, Anneliese Kinnen**, Caritasverband für die Region Eifel e.V.; 17. Januar 2007: **Ursula Bings, Gertrud Hugo, Monika Jakobs, Mechthilde Juretzek, Adelheid Liesner, Andrea Monsé, Annemarie Peters, Ulrike Plüger, Monika Plumm, Dorothee Schnur, Heidrun Siemer, Ursula Vermeeren**, Bethlehem-Krankenhaus, Stolberg; 18. Januar 2007: **Gudrun Gerhartz, Brigitte Heise, Christel Hermes, Gerda Kasteleiner, Marita Nussbaum**, Caritasverband für die Region Heinsberg e.V.; 27. Februar 2007: **Luise Weyand**, kath. Pfarramt St. Bonifatius, Aachen; 29. März 2007: **Paul F. Irmen**, Hermann-Josef-Haus, Urft; 24. April 2007: **Rolf Bergmann, Ralf Bruders, Roswitha Forst, Hans-Josef Nevels**, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e.V.; 2. Mai 2007: **Gertrud Falck, Luise Pauels, Johanna Prüss, Marianne Tholl**, kath. Kirchengemeinde Herz Jesu, Aachen.

Essen

Offen und ehrlich

Weihbischof Franz Vorrath erläuterte die Neuordnung der Ruhrcaritas

Reinen Wein schenkte Essens „Caritas-Bischof“ Franz Vorrath jüngst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über die Strukturreformen der Caritas im Ruhrbistum ein. Der Diözesan-Caritasverband muss sich von wichtigen caritativen Diensten trennen. Aber manches kann gerettet werden.

„Wir sind dem Ortscaritasverband Essen sehr dankbar dafür, dass er die Beratungsstelle Nachtfalter und die Aids-Beratung in seiner Trägerschaft fortführt und die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in seinen Dienst übernommen hat“, sagte der Weihbischof, der erster Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes ist. Durch die Kooperationsbereitschaft des Essener Ortscaritasverbandes konnten so nicht nur diese für die Bistumsstadt unverzichtbaren Hilfsangebote erhalten bleiben. Auch betriebsbedingte Kündigungen innerhalb der Caritas im Ruhrbistum seien verhindert worden.

Im August 2006 war der Zweckverband katholischer Kindertagesstätten im Bistum Essen gegründet worden. Auch wenn Fachberatung und Fortbildung in den neuen Trägerverband gehen, verbleibt die Aufgabe der politischen Vertretung beim Diözesan-Caritasverband. Auch hier haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas im Ruhrbistum wichtige Aufgaben in diesem Zweckverband übernommen und somit eine sichere Perspektive für ihre Arbeitsplätze erhalten.

Mit der Übertragung der operativen Dienste an neue Träger werde die strategische Ausrichtung des Diözesan-Caritasverbandes deutlich, so Vorrath. „Er konzentriert sich in Zukunft ganz auf die Wahrnehmung der politischen Vertretung und der immer neu geforderten inhaltlichen Ausrichtung der Caritas-Arbeit.“ Der Weihbischof wies auch darauf hin, dass im Zuge der Strukturreform des Bistums die Ehe-, Familien- und Lebensberatung und die Telefonseelsorge bei den Ortscaritasverbänden ihre neuen Träger finden und somit konzeptionell näher an die Beratungsdienste der Caritas rücken.

Für den 19. November lud Vorrath alle Gruppen der CKD zu einer Bischofsmesse in den Dom ein, wobei erstmals bistumsweit verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Elisabeth-Kreuz geehrt werden. Etwas völlig Neues ist für den 27. November geplant. Dort sollen zu einer zentralen Veranstaltung alle Initiativen und Gruppen eingeladen werden, die sich besonders um die „neuen Armen“ kümmern: Mitarbeiter – Haupt- und Ehrenamtliche – aus Kleiderkammern, Möbellagern, Suppenküchen, Hausaufgabenhilfen und ähnlichen Angeboten. ◄

Essen/Altenberg. *Frühmorgens waren sie losgefahren – 900 Frauen, Aktive aus allen Caritas-Konferenzen (CKD) im Bistum Essen. Und schon um zehn Uhr feierten sie mit Weihbischof Franz Vorrath Gottesdienst im Altenberger Dom bei Köln. Warum in Altenberg? „Der Dom war nach dem Krieg Mittelpunkt und Aufbruch katholischer Jugendarbeit“, erläutert Ilse Rabeneck, Diözesan-Vorsitzende der CKD im Bistum Essen. Mit Blick auf die vielen Caritas-Frauen, die sich täglich und wöchentlich um Kranke, Arme, Sterbende oder Einsame kümmern, aber auch mit Blick auf die Kirche gestand Vorrath: „Dass die heilige Elisabeth, deren 800. Geburtstag wir feiern, auf Prunk und teure Gewänder verzichtete, das ist für uns etwas Herausforderndes. Denn uns wird eingeredet, man müsse und könne sich in jedem Alter – am besten zum Schnäppchenpreis – jeden Wunsch erfüllen.“*

Sich möglichst viel leisten können, so scheine es, das mache das Leben wertvoll. Elisabeth, so Vorrath, stehe für die Hinwendung zu den Menschen und zu Christus. Aufbruch geschehe dann, wenn Menschen aus diesem Geist heraus erkennen, wo andere sie brauchen.

Für die Frauen beschlossen ein Orgelkonzert und die Vesper den langen Wallfahrtstag. „Ein erfüllter Tag im Jubiläumsjahr“, so sagt es Rabeneck, „der sicherlich noch lange nachklingt.“ uw

Das Schifferkinderheim Nikolausburg war früher ein Internat für die schulpflichtigen Kinder der Binnenschiffer. Heute ist es eine moderne Einrichtung der Jugendhilfe mit über 140 Plätzen. Foto: Christoph Grätz

Stark sein für starke Kinder

80 Jahre Schifferkinderheim in Duisburg

Großer „Auftrieb“ in Duisburg-Ruhrort: Das Schifferkinderheim Nikolausburg in Trägerschaft der Caritas Duisburg feierte seinen 80. Geburtstag. Viele kamen, die mit diesem Haus zu tun haben – etwa Bürgermeisterin Doris Janicki, Jugendamtsleiter Thomas Krützberg, der Bezirksvorsteher, der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und, und, und.

Der Essener Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes nahm deutlich Stellung zur Situation der Kinder in Deutschland: „1,7 Millionen Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren leben auf Sozialhilfeniveau. 9 Prozent eines Jahrganges erreichen keinen Schulabschluss, und 15 Prozent der Jugendlichen eines Jahrganges erreichen bis zum 25. Lebensjahr keinen Ausbildungsabschluss. Wir brauchen eine neue Hinwendung unserer Gesellschaft zu den Bedürfnissen unserer Kinder und Jugendlichen.“

Das Schifferkinderheim Nikolausburg stehe seit 80 Jahren für ein waches Auge von Kirche und Caritas für akute Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen. Und es stehe auch für viele soziale Einrichtungen, die bereit sind, sich notwendigem Wandel zu stellen und auf veränderte Bedingungen hin Antworten zu geben. Den Mitarbeitern rief Meiwes zu: „Investieren Sie Ihre Kraft weiter in die Zukunft der Kinder. Ihre Zukunft ist, dass Sie ‚stark für starke Kinder‘ bleiben. Unsere gesellschaftliche Aufgabe ist es, dafür die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Davon hängt nicht weniger als die Zukunft unseres Gemeinwohls ab. Lassen Sie uns gemeinsam dafür einstehen.“

Der Essener Weihbischof Franz Vorrath blickte auf acht Jahrzehnte Hilfe, Ausbildung und Beratung für Mädchen und Jungen der Schifferfamilien zurück, erinnerte aber auch daran, dass die Nikolausburg später zunehmend Hilfe für andere Gruppen leistete: für Spätaussiedlerkinder aus Osteuropa, Flüchtlingskinder aus Kambodscha, Kinder aus „problembelasteten“ Familien. Gegenwärtig sind es stationäre und teilstationäre Hilfsangebote für Jungen, Mädchen und auch Eltern in modernster pädagogischer Prägung, die die Duisburger Institution anbietet. „Beständige Kennzeichen dieses Hauses sind der unbedingte Wille seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu helfen und das Vertrauen darauf, dass diese Hilfe Früchte trägt“, unterstrich Vorrath. Möge es auch die nächsten 80 Jahre so bleiben. ◄ *rl*

Fußball ist ihr Leben

DJK-Franz-Sales-Haus und Behinderten-Sportverband kooperieren

Die Zusammenarbeit des DJK-Franz-Sales-Hauses und des Behinderten-Sportverbands NRW (BSNW) gestaltet sich zunehmend enger. Jetzt wurde im Ruhrgebiet der Bezirksstützpunkt offiziell zum anerkannten Leistungsstützpunkt ernannt.

Herbert Kaul, Geschäftsführer des BSNW, und Reinhard Schneider, 1. Vorsitzender des BSNW, überreichten dem Vorsitzenden des DJK-Franz-Sales-Hauses, Direktor Günter Oelscher, die Urkunde „Landesleistungsstützpunkt in der Sportart Fußball“. Wichtig sei die Fortsetzung der Arbeit des Sportzentrums Ruhr als dezentraler Ausbildungsstätte des BSNW. Das von der DJK betriebene Sportzentrum Ruhr entwickelt zusammen mit Ausbildungspartnern von Hochschulen aufgrund des großen Bedarfs kontinuierlich neue Sportangebote.

Seit zwei Jahren betreibt die DJK den Bezirksstützpunkt Ruhrgebiet für den BSNW und organisierte das „kleine Finale“ um Platz 3 der Fußball-WM 2006 für Menschen mit Behinderungen. Das herausragende Ergebnis war für die DJK ein ganz besonderer Erfolg, denn einige Spieler vom Team Germany wurden in dem Essener Verein trainiert.

Dieses Beispiel zeigt die große Bedeutung der BSNW-Stützpunkte. Hier werden talentierte Fußballer zusätzlich zum normalen Vereinstraining gefördert und können den Sprung in die Landesauswahl und die Nationalmannschaft schaffen. Im DJK-Franz-Sales-Haus werden die Talente unter qualifizierter Anleitung behutsam an große Herausforderungen herangeführt. ◄

Urlaub mit der Caritas

Gelsenkirchen/Oberhausen. ► Mit sonnigen Zielen wie Andalusien, Bulgarien, Mallorca oder Wien wendet sich der Caritas-Reisekatalog an Menschen im „besten Reisealter“. Der Caritasverband Gelsenkirchen hat im Verbund mit zwölf weiteren Caritasverbänden aus NRW unter anderem Aufenthalte in deutschen und tschechischen Kurorten sowie eine Fluss-Kreuzfahrt auf der Donau im Programm. Jede Reise wird von geschulten Caritas-Mitarbeitern begleitet.

Infos unter www.caritas-reisen.de, Katalogbestellung und Buchung bei Anne Mayer, Tel. 02 09 / 1 58 06 30

► (*Foto*) Auf der niederländischen Ferieninsel Terschelling wird ab sofort ein neuer Opel Vivaro Ferienkinder und Senioren vom Caritas-Haus „Maartenshof“ zum Strand bringen. Der bisher eingesetzte Kleinbus musste aus dem Verkehr gezogen werden. Caritasdirektor Werner Groß-Mühlenbruch und seine Mitarbeiterin Rita Busse freuen sich: „Dank der Hilfe der Caritas-Stiftung können wir den bewährten Shuttle-Service weiterführen.“
Infos unter Tel. 02 08 / 94 04-03 31 und per E-Mail an: rita.busse@caritas-oberhausen.de

► Mit Unterstützung der Caritas-Stiftung konnte jetzt die Caritas in Oberhausen ihr Ferienangebot auf den Nordseeinseln Spiekeroog und Terschelling verbessern. Auf Spiekeroog wurden im Erholungsheim des katholischen Ferienwerks die sanitären Anlagen und die Aufenthaltsräume rollstuhlgerecht ausgebaut. Dank der gespendeten 5 000 Euro können sich nun die zahlreichen rollstuhlabhängigen Gäste ungehindert im Haus bewegen, freut sich Ferienwerks-Geschäftsführer Michael Guttmann. ◄

Caritas-Telegramm

Gelsenkirchen. „aktiv“ heißt das neue Gelsenkirchener Magazin für jung gebliebene Senioren. In Berichten, Reportagen und Interviews wird gezeigt, wie aktiv Menschen im Alter von „50 plus“ sind. In der ersten Ausgabe wird beispielsweise über die 78-jährige Anne Wirtz berichtet, die nach 50 Jahren Bühnenerfahrung immer noch Theater spielt. Außerdem erhalten die Leser Tipps aus der Region, um selbst aktiv zu werden. Zweimal im Jahr soll das Heft erscheinen. Die aktuelle Ausgabe liegt in Apotheken, bei der VHS, in Begegnungsstätten für Senioren und an vielen anderen Orten der Stadt kostenlos aus. Beatrix Gustävel, Herausgeberin und Geschäftsführerin der Agentur für Kommunikationsdesign „verb“, hofft, dass „aktiv“ viele Interessierte findet, und freut sich auf neue Anregungen für die nächste Ausgabe im Oktober.

Gladbeck. Stolz sind die Mitarbeiter der Caritas in Gladbeck: Der Verband wurde im jährlichen Wettbewerb als einer der 25 „besten Arbeitgeber im Gesundheitswesen in Deutschland“ prämiert. Staatssekretär Dr. Theo Schröder vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales übergab in Berlin die Auszeichnung an Caritasdirektor Josef Schliemann und Roberto Giavarra, Leiter der Senioren- und Pflegedienste. Am Wettbewerb nahmen die Mitarbeiter der Sozialstation und des Altenpflegeheims St. Altfrid teil und brachten ihren Arbeitgeber unter über 50 teilnehmenden Einrichtungen auf den 19. Rang. Giavarra weiß: „Ein guter Arbeitsplatz ist entscheidend für zufriedene und motivierte Mitarbeiter.“

Bochum. „Wir sind auf dem richtigen Weg.“ So die positive Bilanz für das Projekt „Familienzentrum“ im Caritas-Kindergarten St. Viktoria. Seit letztem Sommer befinden sich landesweit 251 Kindertageseinrichtungen, darunter in Bochum die städtische Kindertagesstätte Zechenstraße, das Martin-Luther-Kinderhaus in Wattenscheid und der Caritas-Kindergarten St. Viktoria, in der wissenschaftlich begleiteten NRW-Pilotstudie. Die Angebote wie Sprechstunden, Informationsnachmittage sowie Sprachförderprogramme für fremdsprachige Mütter richten sich nicht nur an die Familien der Kindergartenkinder, sondern auch an Eltern und Kinder aus der Nachbarschaft. Andrea Grafeld, Leiterin des Caritas-Kindergartens St. Viktoria, blickt gespannt auf die weiteren Entwicklungen: „Die Familien haben mit den Familienzentren einen starken Partner an ihrer Seite, der sie bei der Kindererziehung und der Alltagsbewältigung unterstützt.“ *as*

Caritas-Telegramm

Unser Foto zeigt (v. l. n. r.): Ralf Slabik, stellvertretender Leiter des Tierparks Bochum, Raimar Radkowsky und Monika Mehring, Caritasverband Bochum.
Foto: CV Bochum

Bochum. Dank einer Spende der Bochumer Firma „Kälte Klima Endemann und Radkowsky“ verhalf der Caritasverband zehn Kindern mitsamt einem Elternteil zu einem Jahr Eintritt ohne Kosten in den Bochumer Tierpark. „Ein solcher Besuch wäre sonst für die ausgewählten Familien aus finanziellen Gründen nicht möglich“, so Monika Mehring, Koordinatorin innerhalb des Caritasverbandes. Durch die gemeinsame Spendenaktion LICHTBLICKE wurden die Familien angesprochen.

Duisburg. Mit einem Beratungs-, einem Schulungs- und einem Bewerbungszentrum wurden in der Stadtmitte gleich drei Anlaufstellen für Langzeitarbeitslose und Gemeinwohlarbeiter (1-Euro-Jobber) eröffnet. Als Partner der ARGE (Arbeitsgemeinschaft für Stadt und Arbeitsagentur) bietet der Caritasverband dort unter anderem Bewerbertrainings, Konfliktberatung sowie Qualifizierungslehrgänge an. Außerdem können sowohl Stellen als auch Betriebspraktika in die Caritaseinrichtungen vermittelt werden. Caritasdirektor Hans-Jürgen Kocar betonte bei der Eröffnung gegenüber den Vertretern von Politik, Verwaltung und den Caritaseinrichtungen, wie wichtig eine citynahe Lage für den Erfolg der Zentren ist.

Gelsenkirchen. Wie nötig die Arbeit des familienunterstützenden Dienstes (FuD) der Caritas ist, belegt ein Blick auf die Jahreszahlen 2006. Demnach hat FuD neben telefonischen Anfragen und persönlichen Erstkontakten 550 Betreuungseinsätze geleistet, 272 Beratungsgespräche geführt und 75 Hausbesuche (Erst- und Aufnahmegespräche) getätigt. 31 größtenteils auf Dauer angelegte Betreuungsverträge kamen zustande. FuD finanziert sich mit Mitteln der Aktion Mensch.

Menschen in der Caritas

Der Steuerberater **Jürgen Lefarth** ist neues Mitglied im Vorstand der Caritas Bottrop. Sein Vorgänger, Rechtsanwalt und Notar **Bernhard Becker**, hatte sein Ehrenamt nach 22 Jahren aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Caritasdirektor und Vorstandsmitglied **Dr. Andreas Trynogga** dankte Becker für die langjährige Tätigkeit und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit Lefarth. Weitere Vorstandsmitglieder sind: Stadtdechant **Johannes Knoblauch** (erster Vorsitzender), **Werner Münstermann** und **Jutta Pottbrock** *(unser Foto)*.

Aus Altersgründen hat die langjährige Leiterin der Abteilung für Soziales und Gesundheit, **Elsbeth Kosthorst**, ihren Arbeitsplatz geräumt. **Weihbischof Franz Vorrath** dankte ihr sehr für ihren außerordentlich hohen Einsatz: „Frau Kosthorst stand besonders für den Bereich der Pflege, und ihr Anliegen war es, durch alle Veränderungen der Rahmenbedingungen hindurch dafür zu sorgen, dass Menschen in den Einrichtungen der Caritas menschenwürdig gepflegt werden und dass der ursprüngliche Geist der Caritas, Gottes liebender und barmherziger Blick auf den Menschen, die Arbeit prägt.“ Nachfolger ist **Martin Peis**, langjähriger Leiter der Stabsstelle Wirtschaftliche Einrichtungsberatung und nun auch Leiter der neuen Abteilung Senioren, Gesundheit und Soziales.

Nach 17-jähriger Tätigkeit als Vorsitzende der Caritas-Konferenzen im Stadtverband Bochum legte **Felicitas Erlenbruch** ihr Amt nieder. Mit ihr schieden **Anna-Maria Hetebrij** aus der Pfarrgemeinde Christ König als stellvertretende Vorsitzende und **Marianne Cremer** aus der Pfarrei St. Johannes als Kassiererin aus. **Sigrun Büscher**, die der Pfarrgemeinde St. Marien in Bochum-Stiepel angehört, steht zunächst weiterhin als Schriftführerin zur Verfügung. Zukünftig werden **Barbara Flegel** aus der Pfarrgemeinde St. Franziskus in Bochum-Weitmar und **Ulla Kreilos** aus der Pfarrei St. Meinolphus-Mauritius als Vorstandsteam die Geschicke der Bochumer Caritas-Konferenzen lenken. Ihnen steht **Marita Einhäuser** aus der Pfarrgemeinde St. Martin als Kassiererin zur Seite. Nach den Wahlen dankte der geistliche Begleiter der Bochumer Caritas-Konferenzen, **Pater Andreas Wüller**, Frau Erlenbruch für ihre erfolgreiche Tätigkeit als Vorsitzende und überreichte ihr ein Gemälde vom Stiepeler Kloster.

Köln

Begeisternd und beeindruckend: die B-Stars, eine Gruppe des Vereins Ausbildung statt Abschiebung, bei der Veranstaltung „Armut unter Kindern!? – Kinder als Verlierer in Boomtown Bonn“
Foto: Alfred Hovestädt

Samaritertum allein reicht nicht

Beim Thema Kinderarmut ist politisches Engagement gefordert

Friedhelm Hengsbach hat „Wut im Bauch“, wenn er an Kinderarmut in Deutschland denkt: Einerseits liegen vier Billionen Euro auf der hohen Kante, und das Bruttosozialprodukt hat sich in den letzten zehn Jahren verachtfacht. Andererseits ist die Armutsquote unter Kindern nie so hoch gewesen wie derzeit. Hinzu kommen Bildungsbarrieren für benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Der Sozialexperte und emeritierte Hochschullehrer sprach in Bonn vor rund 200 Zuhörern zu einem bedrückenden Thema. Eingeladen hatten Caritasverband und die Bonner Diakonie unter dem Titel: „Armut unter Kindern!? – Kinder als Verlierer in Boomtown Bonn“. Mit seiner These: „Was politisch gewollt ist, ist auch finanzierbar“ wehrt sich Hengsbach gegen ein unpolitisches Samaritertum. Der Jesuit hält es für einen Skandal, dass Armut durch Hartz IV per Gesetz verordnet werde. Alle Dienste, Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und Schulen hätten die Pflicht, so Hengsbach, sich für die Betroffenen auch politisch zu engagieren. Schließlich sei Armut politisch gemacht bzw. zumindest fahrlässig zugelassen. Den Verwaltungsangestellten in Behörden und Ämtern rät er zu zivilem Ungehorsam. Es könne nicht angehen, dass zehn Prozent der Bevölkerung über 47 Prozent des Gesamtvermögens verfügen und sich die untere Hälfte der Bevölkerung vier Prozent des Vermögens teilt.

„Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander“, sagte auch Jean-Pierre Schneider, der Bonner Caritasdirektor. Für ihn war die Veranstaltung im Bonner Springmaus-Theater ein wichtiger Beitrag zur Caritas-Kampagne „Mach dich stark für starke Kinder!“. Wie notwendig dieses Engagement ist, verdeutlichte die Medizinerin Dr. Gisela Schulz vom Gesundheitsamt der Stadt Bonn im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion mit verschiedenen Fachleuten. Armut sei kindzentriert. „Arme Kinder brauchen Futter für Körper und Geist“, sagte die Ärztin. Weil die geistige Entwicklung im Wesentlichen in den ersten vier Lebensjahren abgeschlossen sei, müsse auch sehr früh interveniert werden, sonst sei der Zug abgefahren. Sie forderte eine bessere ernährungsphysiologische Versorgung und geistige Förderung von Kindern aus benachteiligten Familien.

Die Veranstaltung im Springmaus-Theater wurde umrahmt von Aufführungen verschiedener Tanzgruppen und Kabarett-Einlagen. Besonders eindrucksvoll waren die B-Stars, eine Gruppe des Vereins Ausbildung statt Abschiebung. Im Foyer wurde die Ausstellung „Armut in unserer Nachbarschaft“ der CaritasStiftung im Erzbistum gezeigt. ◄

Alfred Hovestädt

35 Koordinatoren des Projektes „Balu und Du“ tauschten sich im Kölner Maternushaus über ihr freiwilliges Engagement für Kinder aus. Das erfolgreiche Mentorenprojekt, das mittlerweile an verschiedenen Standorten in NRW, Niedersachsen und sogar in Österreich beheimatet ist, wird in NRW von der Aktion LICHTBLICKE gefördert. Darüber hinaus wurde „Balu und Du“ jetzt Landessieger 2007 in Nordrhein-Westfalen beim Integrationswettbewerb „Teilhabe und Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement“ der Stiftung Bürger für Bürger. *Foto: Dagmar Gabrio*

Caritas gut aufgestellt

Diözesan-Caritasdirektor Hensel legt Rechenschaftsbericht vor

Erzbistum Köln. Die Caritas im Erzbistum Köln beschäftigt 53 285 Menschen in 2 058 Einrichtungen. Zur Vertreterversammlung am 1. März 2007 legte Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel den rund 100 Delegierten den Rechenschaftsbericht 2005-2006 über die Arbeit der Caritas im Erzbistum Köln vor. Der Bericht trägt den Titel „Miteinander – Füreinander". Hensel machte deutlich, dass die Schere zwischen Arm und Reich, Alt und Jung, Einheimischen und Zugezogenen immer weiter auseinandergehe. Seit Jahrzehnten beobachte die Caritas einen scheinbar unumkehrbaren Trend zur „Entmischung". Die hochgelobte Individualisierung und Differenzierung trügen neben vielem Guten auch zur Vereinzelung, zur Ungebundenheit, zu wenig Miteinander bis hin zur Vereinsamung bei. Das fange schon früh an und reiche bis zu den älteren Menschen in den Altenheimen. Die Caritas mische sich ein gegen diese „Entmischung"– als katholische Kraft gegen die Vereinzelung, gegen Ab- und Ausgrenzung. Menschen in Armut, Not und Konfliktsituationen beizustehen und zu helfen heiße für die Caritas aber auch, Menschen, denen es besser gehe als anderen, für die Not in ihrer Nachbarschaft, vor ihrer Haustür, zu sensibilisieren und aufzurütteln, erklärte Hensel. ◄

Der Rechenschaftsbericht „Miteinander – Füreinander" kann bestellt werden beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V., Stabsabteilung Information und Kommunikation, Georgstr. 7, 50676 Köln, Tel. 02 21 / 20 10-2 84 oder per E-Mail: presse@caritasnet.de

Neuer Pflegeansatz

Caritas-Pflegeeinrichtungen wollen hin zu einer aktivierenden und ressourcenorientierten Pflege

Köln. Gemeinsam mit der Pflegeforscherin und Autorin Professor Monika Krohwinkel veranstaltete der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln eine Fachtagung zur „Fördernden Prozesspflege". Rund 160 Pflegefachkräfte aus ganz Deutschland kamen ins Deutschordens-Wohnstift Konrad Adenauer in Köln-Merheim. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das von Frau Krohwinkel entwickelte Modell der „fördernden Prozesspflege". Oberstes Ziel ist es, Pflegebedürftige und ihre Bezugspersonen in ihren Fähigkeiten zu fördern und zu stützen, damit sie ein größtmögliches Maß an Unabhängigkeit, Wohlbefinden und Lebensqualität erreichen und bewahren können.

Denn der Bedarf an Pflege steigt ständig. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich als Folge der demografischen Entwicklung bis 2050 mehr als verdoppeln. Zugleich wird die Zahl pflegender Angehöriger aufgrund von verbreiteter Kinderlosigkeit und der steigenden Zahl Alleinlebender abnehmen. Angesichts dieser Entwicklungen werden die Anforderungen an die Pflege immer komplexer.

Die Caritas im Erzbistum Köln ist Träger von 171 Alten- und Altenpflegeheimen sowie 68 ambulanten Pflegediensten. ◄

Infos: Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V., Bereich Gesundheits- und Altenhilfe, Heidemarie Kelleter, Tel. 02 21 / 20 10-2 27, E-Mail: heidemarie.kelleter@caritasnet.de

Professor Monika Krohwinkel warnte vor den zunehmenden Anforderungen in der Pflege und zeigte Lösungswege für eine moderne Pflege auf.

Menschen in der Caritas

Goldene Ehrennadeln erhielten für 25 und mehr Jahre Mitarbeit in verschiedenen Einrichtungen der Caritas:
Ursula Eckstein und **Monika Nowacki** für 40-jährige Mitarbeit und **Annegret Kölsch, Barbara Dahlen, Rosina Franc, Gudrun Hentschel, Dr. med. Norbert Golz, Hedwig Hoever, Leonhard Hess, Hildegard Lux, Veronika Schmitz** für 25-jährige Mitarbeit im Marien-Hospital, Euskirchen; **Gertrud Gizler** und **Marianne Hinskens** für langjähriges ehrenamtliches Engagement in der katholischen Kirchengemeinde St. Johannes vor dem Lat. Tore in Köln-Bocklemünd/Mengenich; **Norma Van Meldert** und **Sorita Loutsopoulou** für 25-jährige Mitarbeit im Caritas-Altenzentrum St. Josef; **Maria Schwarz** für langjähriges ehrenamtliches Engagement in der katholischen Bahnhofsmission Bonn; **Josef Uhler, Grietje Zeemann** und **Ursula Heintze** für langjährige Mitarbeit beim Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis; **Johannes Scholz** für langjähriges ehrenamtliches Engagement in der katholischen Pfarrgemeinde St. Clemens in Grevenbroich; **Elisabeth Mühl-Oberdörster** für drei Jahrzehnte Familienpflege u. a. beim Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis e.V.; **Christa Minden, Zita Stenz** und **Werner Knoblich**, alle für vier Jahrzehnte engagierte Mitarbeit im St.-Elisabeth-Krankenhaus GmbH Köln-Hohenlind; **Dr. Janusz Jankowski** für 25-jährige Betriebszugehörigkeit zum Sankt-Josef-Zentrum für Orthopädie und Rheumatologie, Wuppertal.

Einfach nur Kind sein

Hilfsangebot für Kinder psychisch kranker Eltern

Wenn Nina nach der Schule nach Hause kommt, sieht die Wohnung immer so aus, wie die Achtjährige sie am Morgen verlassen hat: Das Brot trocknet vor sich hin, und der riesige Spülberg ist nicht kleiner geworden. Wenn sich Nina nicht um den Haushalt kümmert, tut es keiner.

Ninas Mutter leidet an Depressionen. Sie kann ihrer Tochter zeitweise keinen geregelten Alltag bieten. Stattdessen muss Nina für sich und andere sorgen. Durch diese Zusatzbelastung kann sie nicht einfach nur ein Kind sein. Über die Angst um ihre Mutter redet sie mit niemandem. An Ninas Beispiel wird deutlich: Wenn Eltern psychisch krank werden, brauchen auch ihre Kinder Begleitung und Unterstützung. „20 Prozent der psychisch Erkrankten haben minderjährige Kinder, das sind etwa 50 000 betroffene Kinder im gesamten Bundesgebiet“, berichtet Diplom-Psychologe Thomas Lindner, Leiter der Caritas-Erziehungsberatung in Köln-Porz. Bisher gab es für diese Kinder wenig geeignete Hilfsangebote. Für das Kölner Stadtgebiet sieht das jetzt anders aus. Seit September 2006 werden Kinder psychisch kranker Eltern in der Caritas-Beratungsstelle in Porz mit dem neuen Projekt KIMM (Kindern Mut machen) unterstützt und begleitet. Sie erhalten gezielt Einzelfallhilfen und Gruppenangebote, in denen sie offen über die Krankheit ihrer Mutter oder ihres Vaters sprechen können. Ein wichtiges Element des Projektes ist auch die Aufklärungsarbeit. Die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle klären Fachkräfte in Kliniken, Schulen und Kindergärten über die Problematik der Kinder auf. „Unser Ziel ist es, die Kinder zu entlasten und ihnen die Möglichkeit zu geben, einfach wieder nur ein Kind zu sein“, so Lindner. Unterstützt wird das Projekt unter anderem von der CaritasStiftung im Erzbistum Köln. ◄

Kirstina Eigemeier

Nähere Informationen unter www.kimm-porz.de

Elisabeth-Preis 2007

Einladung zur Teilnahme für Haupt- und Ehrenamtliche

Mit dem Kölner Elisabeth-Preis 2007 zeichnet die CaritasStiftung im Erzbistum Köln im Jahr der heiligen Elisabeth haupt- und ehrenamtliche Initiativen, Projekte und Modelle aus.

Bewerben können sich:

- Einzelpersonen oder Teams von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Erzbistum Köln, die bei einem Caritasverband, einem Fachverband, in einer Pfarrgemeinde oder einer anderen katholischen Einrichtung im sozialen Bereich angestellt sind.
- Gruppen oder Einzelpersonen aus dem Erzbistum Köln, die sich in ihrer Pfarrgemeinde, bei einem örtlichen Caritas- oder Fachverband oder einer anderen katholischen Einrichtung engagieren.

Beide Preise sind mit 5 000 Euro dotiert. Die Preisverleihung ist am 19. November 2007 im Stiftersaal des Wallraf-Richartz-Museums in Köln. ◄

Die Teilnahmeunterlagen können auch im Internet auf der Seite www.caritasstiftung.de heruntergeladen werden.

Einsendeschluss ist der 10. August 2007.

Weitere Informationen: CaritasStiftung im Erzbistum Köln, Kirstina Eigemeier, Tel. 02 21 / 20 10-3 09, E-Mail: kirstina.eigemeier@caritasnet.de

Neue Beratung für werdende Väter

Dormagen. Die Schwangerschaftsberatungsstelle *esperanza* des Caritasverbandes bietet jetzt aktuelle Beratung rund um das neue Elterngeld an. Dabei legen die Caritas-Mitarbeiter besonderen Wert darauf, gerade Vätern die neuen Möglichkeiten nahezubringen. „Durch die Elternzeit haben Väter die Gelegenheit, hautnah die Entwicklung des eigenen Kindes zu begleiten, das gerade in dieser frühen Zeit Entwicklungsschritte macht, die seinen weiteren Lebensweg entscheidend prägen werden“, sagt Väterberater Peter Lotz. Beim neuen Angebot erfahren Interessierte nicht nur, welche finanziellen Möglichkeiten das neue Elterngeld vorsieht und welche Arbeitszeitmodelle möglich sind, sondern erhalten auch Antworten auf Fragen zur Erziehung, Versorgung und Entwicklung des Kindes.

Weitere Informationen: Caritasverband Dormagen, Tel. 0 21 33 / 2 50 02 00, www.beratung-caritasnet.de

Caritas-Telegramm

Bergisch Gladbach. Anlässlich der Caritas-Ausstellung „Aus unserer Mitte. Armut in unserer Nachbarschaft“ im Kreishaus hatte der Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis zu einer Tippeltour im Veedel eingeladen, um Interessierte an fünf Wegpunkten auf alltägliche Armut und das Handeln der Caritas dagegen aufmerksam zu machen. Besucht wurden u. a. das Caritasbüro der Pfarrgemeinde St. Josef, die Offene Altenarbeit und das Wohnhaus Horizont. Aufgrund des großen Interesses soll im Herbst eine weitere Tippeltour stattfinden. Ziel wird dann die Bergisch Gladbacher Innenstadt sein. Weitere Informationen unter www.caritas-rheinberg.de oder unter Tel. 0 22 02 / 10 08-3 12.

Köln. Frauen nach der Elternzeit oder Familienphase den Einstieg bzw. Wiedereinstieg in das Berufsleben zu erleichtern, das ist das Ziel des Projektes „Checkpoint“. Durchgeführt von IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Köln, fördert „Checkpoint“ Frauen gezielt bei der Karriereplanung und erhöht ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Auf der Grundlage eines Kompetenzchecks wird ein individueller Förderplan aus fachspezifischen Qualifizierungen, Modulen zur Stärkung der sozialen und persönlichen Kompetenzen sowie der Selbstpräsentation und Bewerbungsstrategien erarbeitet. Mit Erfolg, wie sich jetzt bei der Zwischenbilanz zeigt: Von den 56 Frauen, die sich seit Projektstart im Januar 2006 an „Checkpoint“ gewandt haben, blieben nur zehn Prozent weiterhin ohne Erwerbstätigkeit, u. a. weil sie beschlossen haben, die Familienphase zu verlängern. Weitere Informationen: IN VIA Köln e.V., Tel. 02 21 / 47 28-6 00, E-Mail: info@invia-koeln.de.

Leverkusen. Bereits seit dem vergangenen Jahr gibt es das „Café Aktiv“ im Altenzentrum St. Elisabeth in Leverkusen-Schlebusch. Jetzt wird das Angebot der Caritas, das sich an Menschen mit Demenz richtet, um eine Stufe erweitert. Zusätzlich zur täglichen Betreuung im „Café Aktiv“, die auch der Entlastung der Angehörigen dient, gibt es nun jeden Mittwoch besondere Angebote durch geschulte Fach- und Pflegekräfte. Darüber hinaus wird das Projekt von Ehrenamtlichen unterstützt. Die Besucher können an Bewegungsprogrammen teilnehmen, Musik hören und machen, gemeinsam kochen und backen. Das Programm zielt auf die persönliche Lebensgeschichte der Erkrankten und will noch vorhandene Fähigkeiten jedes Besuchers aktivieren und fördern. Weitere Informationen: Caritasverband Leverkusen, Tel. 02 14 / 85 54 25 44.

Erzbistum. Die Begegnung und der Austausch zwischen Alt und Jung stehen im Mittelpunkt einer Schiffsfahrt, die der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. auch in diesem Jahr wieder am 29. August veranstaltet. Der Einstieg zur Fahrt ist Düsseldorf, wo sie um 11.00 Uhr mit einem gemeinsamen Gottesdienst beginnt, den Erzbischof Joachim Kardinal Meisner zelebriert. Danach gibt es Zeit für Gespräche, ein Mittagessen und Kaffeetrinken. Gegen 15 Uhr wird das Schiff wieder in Düsseldorf anlegen. Jugendliche, die regelmäßig alte Menschen in Heimen in ihren Stadtteilen besuchen, begleiten sie an diesem Tag. Zusätzlich tragen Schülerinnen der Erzbischöflichen Ursulinenschule Köln zum Gelingen der Veranstaltung bei. Wer Interesse hat, als Freiwillige/Freiwilliger an der Fahrt teilzunehmen, melde sich bei Wanda Spielhoff, Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V., Tel. 02 21 / 20 10-2 34, E-Mail: wanda.spielhoff@caritasnet.de.

Menschen in der Caritas

Die Vertreterversammlung der Caritas im Erzbistum Köln hat sich einen neuen Rat gegeben. Gewählt wurden für die nächsten vier Jahre für den Bereich Caritasverbände die Geschäftsführerin des Caritasverbandes Altenkirchen, **Christa Abts**, und der Kölner Caritasdirektor **Pfarrer Franz Decker**. Neu in den Rat gewählt wurden für den Bereich der Fachverbände die Vorstandsvorsitzende des Sozialdienstes Katholischer Frauen und Männer Düsseldorf, **Ursula Söhngen**, und die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der ehrenamtlichen Gemeindecaritas, **Dorothea Wirtz**. Die sonstigen Träger und Mitglieder vertritt **Professor Gertrud Hundenborn** von der Caritas-Gemeinschaft für Pflege und Sozialberufe. Der Rat ist das Aufsichtsgremium für den Vorstand des Diözesan-Caritasverbandes.

Stadtgespräch soziales Café

100 Ehrenamtliche für „Beratungsladen & Café“ gewonnen

Nebenan steigt der Duft aus frisch gemahlenen Bohnen auf und locken die saftig-roten Früchte der Erdbeertorte. Aber trotz der unmittelbaren Nähe bleibt Sabine Otto selten Zeit für eine schnelle Tasse zwischendurch. Das BeLa brummt – auf beiden Seiten des Flures.

Mehr als eine Tasse Kaffee gibt es im BeLa des SkF Bocholt. Gerne nutzen die Besucher die Gelegenheit zu einem Gespräch mit den Ehrenamtlichen. Foto: Harald Westbeld

Auf der einen Seite lassen es sich die Gäste gut gehen, auf der anderen geben Sabine Otto und ihre Kolleginnen immer mehr Rat und Hilfe in sozialen Fragen. Die Idee des „Beratungsladens & Cafés“, die der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) in Bocholt mit der Eröffnung vor eineinhalb Jahren im Sinn hatte, hat sich mit mehr Leben als erwartet gefüllt und ist längst Keimzelle für immer neue Ideen geworden. Das BeLa ist nach wie vor Stadtgespräch in der 73 000-Einwohner-Kommune und verändert den Blick der Bürger für Sinn und Notwendigkeit sozialer Arbeit, beobachtet Geschäftsführerin Angelika Nordmann-Engin.

100 Ehrenamtliche hat das BeLa schon gewonnen, und manchmal bringen sie gleich selbst die Aufgabe mit, für die sie sich einsetzen wollen. Vier pensionierte Lehrerinnen meldeten sich kurz nach der Eröffnung in den ehemaligen Räumen einer Galerie. Sie wollten Hausaufgabenhilfe anbieten. Jetzt gibt es zwei Gruppen für Migrantenkinder, die von 19 Ehrenamtlichen reihum betreut werden. Mit Erfolg, wie die Lehrer zurückmelden.

Skeptisch zeigte sich zunächst die Stadtverwaltung, denn hier könnte ein Bedarf an sozialer Arbeit geweckt werden. Das sah Angelika Nordmann-Engin anders: „Wie soll er geweckt werden, wenn er schon da ist?“ Es war nur die Schwelle zu hoch für viele Menschen, die Hilfe benötigten, sie auch zu suchen. Mit der Geschäftsstelle im zweiten Stock sah der SkF für sich das auch ganz wörtlich.

Ganz anders im BeLa. Hier kann jeder auf eine Tasse Kaffee vorbeikommen und auch herübergehen ins optisch abgeschirmte Beratungsbüro. Die Beraterinnen der verschiedenen Dienste kommen reihum und können so über 30 Stunden in der Woche anbieten. Wie groß der Bedarf an Hilfe tatsächlich ist, zeigen allein die Zahlen in der Allgemeinen Sozialen Beratung (ASB), Sabine Ottos Arbeitsfeld neben der Organisation des BeLa. Vor der Eröffnung kamen 160 Klienten im Jahr zu ihr, 2006 waren es im ersten kompletten BeLa-Jahr 447, Tendenz weiter steigend.

Wobei sich vieles im Vorfeld auffangen lässt. „Die Ehrenamtlichen im Café führen Gästegespräche, und oft reicht das schon“, sagt Otto. Sie wissen auch, wann die Grenze erreicht ist und die Fachfrau eingeschaltet werden muss. Denn in Schulungen werden die Freiwilligen vorbereitet und bei ständigen Teamtreffen die Erfahrungen ausgetauscht. ◄

Ehrungen

Goldene Ehrenzeichen haben erhalten: **Maria Tebartz, Steffi Simmes, Elisabeth Hoenzlaer** und **Maria Lieder** (St.-Antonius-Hospital, Kleve), **Hedwig Vos** (Caritas-Konferenz katholische Pfarrgemeinde St. Petrus, Kevelaer), **Christa Roß, Elisabeth Speller** und **Hans Dummann** (Mathias-Spital, Rheine), **Maria Hölscher** (Kinderwohnheim Dülmen), **Ferdinande Hagedorn** (Raphaelsklinik, Münster), **Anna Volkmer** und **Marie-Luise Stoverock** (St.-Marien-Hospital, Lünen), **Ulrich Peirick** (Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen, Münster) und **Heinz Thalmann** (Caritasverband Rheine).

Einander verstehen ist der Schlüssel

Ist irgendwas gewesen, dass der türkische Vater so ernst bleibt und bei der herzlichen Begrüßung nicht lächelt?

Da müssen sich die Erzieherinnen in den sieben zum Familienzentrum St. Remigius zusammengeschlossenen Kindergärten in Borken künftig keine Sorgen mehr machen. Sie wissen es besser. Wer lächelt, macht sich in der Türkei über sein Gegenüber lustig. Die kulturellen Besonderheiten verstehen ist ein Schlüssel zum besseren Miteinander. Die interkulturelle Öffnung hat sich das Familienzentrum auf die Fahnen geschrieben und will damit seine Arbeit mit Migrantenkindern verstärken. Dazu kommen die Migrationsberater der Caritas Borken in jede Tageseinrichtung. Gemeinsam wird analysiert, was bereits gemacht wird. Dazu wird es bei weiteren Treffen viel Information über die verschiedenen Kulturen, aber auch über die Grundzüge des Ausländerrechts geben. Unterstützt wird dieses Projekt aus dem Innovationsfördertopf des Diözesan-Caritasverbandes Münster. ◄

Kulturunterschiede zeigen sich für Annegret Brinkmann auch beim gemeinsamen Mittagessen. Foto: Harald Westbeld

Armut in Münster breitet sich aus

Nicht nur die Wirtschaft wächst, auch die Armut nimmt zu in Münster. Die Caritas spürt es deutlich. Sie kann es jetzt mit Zahlen aus ihren über das Stadtgebiet verteilten Beratungsstellen und 14 ehrenamtlich geführten Sozialbüros belegen.

Robert Leusmann, Fachbereichsleiter beim Caritasverband für die Stadt Münster, hatte seine Kollegen aufgefordert zu zählen: Rund 250 Klienten waren es schon in den ersten drei Monaten. Aber nicht nur die Zahl der Armen steigt an, sie werden auch ärmer. Schülerfahrtkosten sind entfallen, die einmaligen Beihilfen in im Ergebnis niedrigere Pauschalen verwandelt worden, Strompreise gestiegen. Die Gründe für Armut sind vielfältig, führen aber zu einem Ergebnis: „Immer mehr Menschen sind inzwischen abhängig von Lebensmitteln der Münster-Tafel." Ihre Einnahmen liegen häufig unter dem durch das ALG II definierten Existenzminimum, „denn kaum einer bekommt tatsächlich den Regelsatz", erklärt Alfred Dickhoff, der sich in der Bezirksstelle Hiltrup vor allem um Wohnungssicherung kümmert.
Fast immer sind Stromschulden abzuzahlen oder Darlehen des Sozialamtes, beispielsweise wegen einer Mietkaution. Einmalige Beihilfen für Reparaturen und Ersatz gibt es nicht mehr, das Geld dafür soll aus dem Regelsatz angespart werden. Das scheitert aber nicht nur an den aus Sicht der Caritas ohnehin unrealistisch niedrigen Regelsätzen, sondern schon daran, dass viele Klienten eine Kontopfändung haben. Gespartes Geld geht sofort an den Gläubiger. Da müsste wieder der Sparstrumpf mit Barem gefüllt werden.
Rückzahlungen ergeben sich häufig auch aus der komplizierten Berechnung des Arbeitslosengeldes II, insbesondere wenn nebenbei gearbeitet wird, der Verdienst aber noch unter der Schwelle von ALG II liegt. „Häufig haben unsere Klienten im Niedriglohnbereich ein schwankendes Einkommen", erklärt Margarete Bollrath vom Treffpunkt Osthuesheide. Legt das Amt dann einen zu niedrigen Durchschnittsverdienst zugrunde, kommt irgendwann der Änderungsbescheid mit einer hohen Rückzahlungsforderung. ◄

„Kurlotse" hilft erschöpften Müttern

Manchmal ist die Erschöpfung so groß, „dass Mütter nicht einmal mehr die Kraft aufbringen, um in die nächste Kurberatungsstelle zu kommen", weiß Caritas-Mitarbeiterin Maria Schumacher. Dann soll künftig der „Kurlotse" dorthin kommen, wo sie täglich sind, um ihre Kinder zu bringen und abzuholen. Im Kindergarten sollen die Kurlotsen erste Beratung anbieten auf dem Weg zu einer Kur.
Die Caritas in der Diözese Münster hat das Projekt „Kurlotse" im Mai in vier Regionen des Bistums gestartet. In Borken, Coesfeld, Warendorf und Wesel sind dazu ehren- und nebenamtliche Mitarbeiter geschult worden. Bewährt sich dieser Ansatz im Vorfeld der Kurberatung, können die Kurlotsen künftig „bei uns zu einem Markenzeichen der katholischen Tageseinrichtungen für Kinder werden", sagt Schumacher.

Bei „5 für Sie“ fühlen sich die pflegebedürftigen Gäste rundum von Marion Wank (links) und vielen Ehrenamtlichen gut betreut. Foto: Harald Westbeld

„5 für Sie“ ausgezeichnet

Als einer von fünf Preisträgern ist das Projekt „5 für Sie“ der Caritas-Sozialstation Beckum auf der Deutschen Altenpflegemesse in Nürnberg ausgezeichnet worden.

Zusammen mit vier Altenheimen in der Region bietet die Caritas-Sozialstation reihum jeweils samstags Betreuung an, um vor allem auch die pflegenden Angehörigen zu entlasten. Die Nachfrage ist groß, und die Idee hat sich in der Region bereits verbreitet. In Telgte bieten zwei Caritas-Träger „2 für Sie“, in Oelde heißt es entsprechend der Zahl der beteiligten Einrichtungen „3 für Sie“. Idee und Initiative kommen nicht zufällig aus der Sozialstation. Bei den Beratungsbesuchen haben Marion Wank als Leiterin und ihre Kolleginnen immer wieder erfahren, wie wichtig eine zeitweise Entlastung der pflegenden Angehörigen ist. Andererseits bekommen Abwechslung und neue Kontakte auch den Demenzkranken im Alter zwischen 56 und 97 Jahren gut. ◄

Nach dem Koma ein Fax

Der Alkoholmissbrauch von Jugendlichen steigt

Zwei Mittel gegen Spätfolgen wendet Dr. Hubert Gerleve an, wenn ein Jugendlicher im Alkohol-Koma auf der Kinder- und Jugendstation des St.-Vincenz-Hospitals, Coesfeld, erst einmal wieder stabilisiert ist: eine spezielle Infusion gegen den dicken Kopf am Tag danach und ein Fax an die Caritas.

Letzteres ist ihm vor allem wichtig, denn er möchte seine Patienten nicht ein zweites Mal so sehen: nicht ansprechbar, häufig lebensgefährlich unterkühlt, am nächsten Morgen völlig desorientiert aufwachend, nur mit OP-Hemd und Windeln bekleidet.
Durch Gespräche mit den Jugendlichen und deren Eltern sollen mögliche Probleme hinter dem Alkoholexzess herausgefunden werden, um einer Suchtgefahr früh entgegenzutreten. Diese Aufgabe haben die Caritas-Mitarbeiter in der Jugendhilfe und Suchtberatung übernommen. Die Zusammenarbeit zwischen Klinik und Kreiscaritasverband Coesfeld ist über zwei Jahre im Projekt „Kom(m)a“ erprobt worden. Mit Erfolg, wie alle Beteiligten im Abschlussbericht feststellen. Jetzt gilt es im Anschluss an die Projektfinanzierung die Kostenträger zu überzeugen, dass diese Arbeit notwendig ist. Und immer notwendiger, davon sind Caritas-Geschäftsführer Thomas Appelt und Hubert Gerleve überzeugt, denn die Zahlen steigen. 25 Kinder und Jugendliche im Alter von elf bis 17 Jahren sind im St.-Vincenz-Hospital 2005 eingeliefert worden, 2006 waren es schon 30. Dazu vermutet Gerleve eine nicht unerhebliche Dunkelziffer. Dr. Gerhard Pohl von der Fachstelle für Suchtprävention bestätigt ihn: „Die Freizeit- und Partykultur ist nicht mehr ohne Alkohol denkbar.“ Die lebensgefährlichen Folgen der Extremfälle sieht Gerleve in der Klinik. ◄

Menschen in der Caritas

In den Ruhestand getreten ist **Norbert Bothe**, der den Caritasverband Marl und die Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft dort geleitet hat. Über 25 Jahre hat er den Verband geprägt. Nachfolger ist sein bisheriger Stellvertreter **Peter Joachimsmeier**.
Mit dem Bundesverdienstkreuz am Band ist **Mathilde Barsch** aus Harsewinkel ausgezeichnet worden, die sich seit über 40 Jahren für Menschen in Not einsetzt. Ende der 60er Jahre baute sie in St. Paulus die Caritasgruppe auf. Seit 1986 bietet die 79-Jährige einmal in der Woche eine Notfallsprechstunde in der Sozialstation an.
Das Referat Krankenhaus im Diözesan-Caritasverband Münster hat mit **Marcus Proff** einen neuen Leiter. Er bringt viel Erfahrung aus seiner bisherigen Tätigkeit im gleichen Fachbereich im Diözesan-Caritasverband Köln mit.

Das Projekt „Dialog der Kulturen" der Caritas Rheine ist mit dem 3. Preis der Stiftung Bürger für Bürger ausgezeichnet worden. 116 Bewerbungen hatten insgesamt vorgelegen. Vor zwei Jahren haben sich die Projektteilnehmer aus fünf Kulturen und drei Generationen in der Emsstadt zusammengefunden. Mit den Mitarbeitern aus dem Migrationsdienst der Caritas wollen sie ehrenamtlich das Miteinander der Kulturen fördern. Das Projekt war bereits als Landessieger aus dem Wettbewerb hervorgegangen und hatte sich damit die Fahrkarte nach Berlin gesichert.
Foto: Münsterländische Volkszeitung

Caritas-Telegramm

Diözese Münster. Die Malteser in der Diözese Münster befinden sich weiter im Aufwind: Die Zahl der Mitglieder ist von 2 544 auf 3 081 im Jahr 2006 gewachsen. Hinzu kommen 40 000 fördernde Mitglieder, die finanzielle Unterstützung geben. Allein deren Zahl ist um 10 000 in den letzten drei Jahren gestiegen. Der MHD ist in vielen Einsatzfeldern tätig und hat im vergangenen Jahr unter anderem 4 933 Krankentransporte gefahren und im Behindertenfahrdienst 1,19 Millionen Kilometer zurückgelegt.

Wesel. Das neue Mehrgenerationenhaus des SkF füllt sich mit Ideen. Ein Rentner möchte „meditatives Bogenschießen" anbieten, andere können sich vorstellen, Nachhilfestunden für Jugendliche zu geben. Ein Bauingenieur im Ruhestand möchte ins Bauzeichnen einführen, ein Elektriker Einblick in sein Handwerk geben. Verschiedene Altersgruppen sollen im Mehrgenerationenhaus miteinander aktiv werden, sich gegenseitig unterstützen und voneinander lernen. Das Haus in Wesel war unter den ersten 58 Häusern, die für das Modellprojekt des Bundes ausgewählt worden sind.

Gronau. Auf Kinderarmut haben die Caritas-Ausschüsse der Pfarrgemeinderäte zusammen mit der Gemeindecaritas des Caritasverbandes Ahaus-Vreden in Gronau aufmerksam gemacht. Insbesondere ist bei der Aktion das Problem angesprochen worden, dass viele Kinder nicht das Angebot der Ganztagsschule in Anspruch nehmen können, weil der Beitrag fürs Mittagessen fehlt. Im Einzelfall können Pfarrcaritas und Caritasverband helfen. Für eine grundsätzliche Lösung sind die örtlichen Landtagsabgeordneten angeschrieben worden.

Emsdetten. Viele Ideen nahmen die Teilnehmer einer Fachtagung des Caritasverbandes Emsdetten-Greven in Kooperation mit der Akademie Franz-Hitze-Haus in Münster mit. Kreative Methoden in der Arbeit mit behinderten Menschen wurden nicht nur theoretisch, sondern auch ganz praktisch zum Beispiel mit Therapiehund Balu demonstriert. Beeindruckend waren auch die Kunstwerke, die von behinderten Menschen geschaffen worden waren. Künstlerischer Ausdruck unterstütze unter anderem die Identitätsentwicklung, erläuterte Michaela Kopp, Fachbereichsleiterin bei der Caritas Emsdetten-Greven den Hintergrund.

Münster. Unter dem Arbeitstitel „KirchenKaufhaus" wollen 20 katholische Gemeinden und Verbände in Münster auf Anregung des SKM und des Diözesan-Caritasverbandes Münster ihre Angebote an materiellen Hilfen vernetzen. Angedacht sind ein zentrales Lager und eine stadtweite Verteilung, um gespendete und gut erhaltene Kleidung oder Möbel zwischenzulagern und nach Bedarf anbieten zu können. Zudem sollen dort Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Steinfurt. Mit 2,5 Millionen Euro hat das Land die Umsetzung eines modellhaften Wohnkonzeptes im Rahmen des Umbaus des ehemaligen Carl-Sonnenschein-Hauses in Ochtrup gefördert. Bischof Dr. Reinhard Lettmann segnete das in Ferdinand-Tigges-Haus umbenannte Gebäude ein. 59 alte und zumeist demenziell erkrankte Menschen werden hier in Wohngemeinschaften leben können. Sie haben ihren eigenen Lebensbereich, können aber in kleinen Gruppen Gemeinschaftsräume nutzen.

Dorsten. Einen großen Anstieg an Frauen und Familien in Not registrierte der SkF Dorsten im letzten Jahr. Grund: Die Sozialreformen der letzten Jahre haben die Situation insbesondere der alleinerziehenden Mütter mit mehreren Kindern verschärft. In akuten Notlagen wurde finanzielle Unterstützung gegeben. Ansonsten hilft der SkF mit Möbeln, Kleidung oder Spielzeug aus. Insgesamt wurden 90 Frauen und Familien betreut.

Paderborn

Vordenker und Impulsgeber

Der neue Ethikrat im Erzbistum Paderborn hat seine Arbeit aufgenommen

Im Erzbistum Paderborn gibt es erstmals einen diözesanen Ethikrat. Das 13-köpfige Gremium besteht aus Medizinern, Theologen, Sozial- und Rechtswissenschaftlern sowie Pflegefachleuten. Errichtet wurde der Ethikrat von Erzbischof Hans-Josef Becker mit dem Ziel, die Qualität ethischer Beratungen und Entscheidungen in caritativen Diensten und Einrichtungen zu fördern.

Stellungnahme und Beratung zu ethischen Fragestellungen leistet der neue Ethikrat im Erzbistum Paderborn unter Vorsitz von Dr. Horst Luckhaupt, Chefarzt der HNO-Klinik am St.-Johannes-Hospital in Dortmund (1. Reihe Mitte), und dessen Stellvertreter Prof. Dr. Gerhard Kilz von der Kath. Fachhochschule Paderborn (1. Reihe rechts). Beim ersten Treffen des Ethikrates dabei (v. l.): Josef Lüttig (Diözesan-Caritasverband), Dr. Gerhard Markus (ehem. Chefarzt am Vincenz-Krankenhaus, Paderborn), Klaus Bathen (Katharinen-Hospital, Unna), Hans Eickhoff (Caritasverband Arnsberg-Sundern), Björn Kölber (Josefsheim, Bigge), Brigitte von Germeten-Ortmann (Diözesan-Caritasverband), Weihbischof Manfred Grothe (Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes), Dr. Ulrich Dickmann (Kath. Akademie Schwerte), Prof. Dr. Franz-Josef Bormann, Prof. Günter Wilhelms (beide Theologische Fakultät Paderborn), Prof. Dr. Peter Berker (Kath. Fachhochschule Münster) und Judith Brüggemann (St.-Marien-Hospital Hamm). Foto: cpd

Angebunden ist der Ethikrat an den Caritasverband für das Erzbistum Paderborn. Beim ersten Arbeitstreffen in Paderborn wählte der Ethikrat den Dortmunder Mediziner Dr. Horst Luckhaupt zum Vorsitzenden. Der Chefarzt der HNO-Klinik am St.-Johannes-Hospital in Dortmund und stellvertretende ärztliche Direktor des Hospitals bringt viel Erfahrung in ethischen Fragestellungen mit: Der Mediziner engagiert sich als Vorsitzender des Ethik-Komitees der St.-Johannes-Gesellschaft in Dortmund. Zu seinem Stellvertreter bestimmte der diözesane Ethikrat Professor Dr. Gerhard Kilz. Der Rechtswissenschaftler ist als Dozent an der Katholischen Fachhochschule Paderborn tätig.

Der Ethikrat nimmt Stellung zu ethischen Fragen, die sich in der aktuellen Praxis caritativer Arbeit ergeben oder die er selbst als bedeutsam erachtet, wie es in der Arbeitsordnung heißt. Das Gremium fördert die Einrichtung und Arbeit von Ethik-Komitees auf Trägerebene sowie die ethischen Fallbesprechungen in Einrichtungen und Diensten. Zur Förderung der ethischen Kompetenz werden Qualifizierungsangebote für Träger und Einrichtungen angeregt. In einem ersten Arbeitsauftrag wird sich der Ethikrat mit der Thematik Ernährung bei Demenz-Patienten befassen. Eine weitere Arbeitsgruppe wird eine Bestandsaufnahme zur Arbeit von Ethik-Komitees in caritativen Einrichtungen im Erzbistum Paderborn vornehmen.

Weihbischof Manfred Grothe, der selbst nicht Mitglied des Ethikrates ist, wünscht sich das Gremium als „Vordenker, Impulsgeber und Ratgeber". Hier sollen Aufgabenstellungen ermittelt und möglichst einheitliche Antworten auf ethische Fragen gefunden werden. „Die Arbeit wird weniger darin bestehen, wissenschaftlich zu arbeiten, sondern konkrete Hilfen in der Arbeit vor Ort zu leisten." ◄ *J. Sauer*

Kontakt zum Ethikrat kann über dessen Geschäftsführung beim Caritasverband für das Erzbistum Paderborn aufgenommen werden: Tel. 0 52 51 / 2 09-2 96 (Herr Lüttig) oder 2 09-3 45 (Frau von Germeten-Ortmann).

100 lebendige Jahre – 100 Jahre KSD Hamm: (von rechts nach links): Petra Lechtape, Fachdienstleiterin Kinder-, Jugend- und Familienhilfe; Eva-Maria Treder, erste Vorsitzende SkF; Dietmar Sickmann, Mitarbeitervertretung; Mechtild Brand, stellv. Vorsitzende SkF; Andreas Thiemann, Geschäftsführer KSD, und Ludger Meyer, Fachdienstleiter Betreuungsbereich
Foto: privat

Lange Geschichte

100 Jahre Katholischer Sozialdienst Hamm

Die Anfänge des Verbandes gehen auf Agnes Neuhaus zurück, die auch in Hamm eine Ortsgruppe des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) gründete. In Hamm verband sich die Geschichte bald mit dem Sozialdienst Katholischer Männer. Beide Vereine pflegten schon in den Gründungszeiten eine enge Kooperation. 1975 gründeten sie die Arbeitsgemeinschaft „Katholischer Sozialdienst Hamm“. Beide Vereine erlebten eine wechselvolle Geschichte: Weltkriege, Repressalien durch den Nationalsozialismus, Erwerb und Ausbombung des vereinseigenen Hauses, Wiederaufbau, Widerstände und Erfolge.
Den Zielen und Aufgaben der Gründungszeit fühlt sich der KSD weiterhin verpflichtet. Arbeitsinhalte und Verfahren haben sich natürlich geändert – so wie sich die Notlagen und der Bedarf der Ratsuchenden geändert haben. Die derzeitige Palette der Arbeit reicht von der Flüchtlingshilfe über die Schuldner- und Insolvenzberatung bis hin zu gesetzlichen Betreuungen. Ferner gibt es Hilfen für Mutter und Kind, das Angebot der beiden Stadtteilbüros Hamm-Westen und Hamm-Norden sowie Angebote der Jugendhilfe und des Pflegekinderdienstes.
Das Jubiläumsjahr begeht des KSD Hamm mit vielfältigen Veranstaltungen, u. a. gab es im April einen Dankgottesdienst mit einem Festempfang. Verbindendes Zeichen ist ein vom KSD entwickeltes Jubiläumslogo. Mit einem Leporello gibt der KSD Einblicke in die Geschichte und einen Überblick über seine Aktivitäten. ◄

Aktion „Restcent“ hilft Tschernobylkindern

Dortmund. Seit Januar 2007 beteiligen sich die Mitarbeiter der St.-Johannes-Gesellschaft Dortmund an der Aktion „Restcent“ des Diözesan-Caritasverbandes. Im Rahmen der Aktion verzichten sie bei der Gehalts- bzw. Lohnabrechnung auf die Cents hinter dem Komma, um diesen Betrag für das Caritas-Kinderferiendorf in der Westukraine zu spenden. In der Einrichtung werden strahlengeschädigte Kinder aus der Region Tschernobyl betreut. Fast 1 500 Mitarbeiter aus den verschiedenen Einrichtungen der St.-Johannes-Gesellschaft beteiligen sich derzeit an der Aktion. Monatlich kommen rund 700 Euro für das Feriendorf zusammen. In der 1996 errichteten Einrichtung zur Erholung und Rehabilitation von strahlengeschädigten Kindern können bis zu 150 Kinder im Alter zwischen acht und 13 Jahren untergebracht werden. Träger der Einrichtung ist die römisch-katholische Caritas der Ukraine. Das Projekt wird seit seiner Gründung vom Diözesan-Caritasverband Paderborn unterstützt. ◄

Soziales Gruppentraining: AufWind-Mitarbeiterin Yvonne Koch (links) übt mit den Kindern Rollenspiele ein. *Foto: privat*

Kinder erwerben soziale Kompetenz

Olpe. Der Katholische Jugend- und Familiendienst AufWind in Olpe macht sich stark für starke Kinder. Der Kurs „Selbst – Sicher“ hilft Kindern in der sozialen Entwicklung, die eigene Identität herauszubilden und sie zu stärken. Ziel des Gruppentrainings im Caritas-Beratungshaus in Olpe ist es, den Umgang mit anderen Kindern zu erleichtern. In zehn Trainingseinheiten werden verschiedene Aspekte sozialer Kompetenz erlernt. Durch Übungen, Gespräche und Rollenspiele sollen den Kindern der Sinn und Zweck sozialer Regeln vermittelt werden. Zugleich sollen dabei die Selbstkontrolle sowie das selbstständige und eigenverantwortliche Handeln gefördert werden. ◄

Zeit für einen neuen Knigge (v. l.): Lovely Sander, Heribert Krane und Marie-Luise Tigges vom Diözesan-Caritasverband erstellten den „Integrations-Knigge“. Foto: cpd

Begehrter „Integrations-Knigge“

Paderborn. Als Renner erweist sich der „Integrations-Knigge“ der Caritas über ein gutes und besseres Benehmen im Umgang mit Menschen anderer Kulturen: Drei Wochen nach Erscheinen war die erste Auflage von 4 000 Exemplaren bereits vergriffen. Die Neuauflage ist im Mai erschienen. „Im Einwanderungsland Deutschland ist es höchste Zeit für einen neuen Knigge“, hatten sich die Mitarbeiter des Referates Integration und Migration im Diözesan-Caritasverband gesagt. Mit ihrem „Integrations-Knigge“ schufen sie einen kompakten, alltagstauglichen Ratgeber im „Westentaschenformat“.

Der Leser findet Wissenswertes, Nachdenkliches, Zahlen und Statistiken. Hinzu kommen Beiträge zu Vorurteilen, zum Bereich Kulturschock und zu Religionen. Ein interkultureller Test und ein Ausblick auf Deutschland im Jahr 2067 runden die handliche, 72-seitige Broschüre ab. ◄

Der „Integrations-Knigge“ kann gegen eine Kostenbeteiligung von 1 Euro pro Exemplar bezogen werden beim Diözesan-Caritasverband, Referat Integration und Migration, Tel. 0 52 51 / 2 09-3 03, E-Mail: i.rebbe@caritas-paderborn.de.

Aussiedlerhilfe wechselt Träger

Unna/Paderborn. Die Katholische Aussiedler- und Flüchtlingshilfe in der Landesstelle Unna-Massen hat die Trägerschaft gewechselt. Nach 56-jähriger Tätigkeit im Auftrag des Diözesan-Caritasverbandes ist dieser Bereich nun in den örtlichen Caritasverband Unna eingegliedert worden. Hintergrund ist u. a., dass infolge des Zuwanderungsgesetzes immer weniger Spätaussiedler ins Bundesgebiet und damit auch nach NRW zuziehen, sodass sich die Arbeit der Mitarbeiter immer stärker der Beratungstätigkeit von örtlichen Fachdiensten für Integration und Migration angeglichen hat. In Trägerschaft des Caritasverbandes Unna befindet sich jetzt auch der katholische Jugendmigrationsdienst in der Landesstelle, der bislang schon seine Zuständigkeit im Kreis Unna hatte. Die Katholische Aussiedler- und Flüchtlingshilfe wird auch künftig Ansprechpartner für die örtlichen Fachdienste für Integration und Migration im Erzbistum Paderborn zu aussiedlerspezifischen Fragestellungen bleiben. Darüber hinaus wird der Meldedienst über neu zuziehende Spätaussiedler an den endgültigen Wohnort fortgesetzt.

Zunächst befristet bis zum 31. März 2008, hat sich der Caritasverband Unna auch bereit erklärt, den Aufgabenbereich des Raphaels-Werks für den Diözesan-Caritasverband zu übernehmen. Das Raphaels-Werk berät in Fragen von Auswanderung, Auslandstätigkeit, Rückkehr nach Deutschland und der Weiterwanderung von Flüchtlingen. ◄

Jugendberufshilfe trifft Bischöfe

Aktionen zum Josefstag

Mehrere Einrichtungen der Jugendberufshilfe von Caritas- und Fachverbänden haben sich an den Aktionen zum Josefstag beteiligt. Unter dem Motto „Jugend braucht Perspektive – Kirche ebnet Wege“ wurden am 19. März Bischöfe eingeladen, Einrichtungen der Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit zu besuchen.

Es ging vor allem darum, mit den Jugendlichen direkt in Kontakt zu treten. So besuchte der Vorsitzende des Diözesan-Caritasverbandes, Weihbischof Manfred Grothe, die berufliche Eingliederung des Caritasverbandes Hagen. Jugendliche machten den Bischof zunächst mit den Angeboten vertraut, die den derzeit 300 Teilnehmern offenstehen. So demonstrierten sie dem Besucher u. a. einen Gabelstapler-Simulator. Im abschließenden Bewerbertraining schlüpfte der bischöfliche Gast in die Rolle des Chefs und führte Vorstellungsgespräche, die anschließend ausgewertet wurden.

In Dortmund war Weihbischof Matthias König zu Gast in der Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme des Caritasverbandes Dortmund und des Verbandes IN VIA Katholische Mädchensozialarbeit. Weihbischof König lernte im Bernhard-März-Haus u. a. den Kleider- und Möbelshop kennen und sprach mit Teilnehmern von Bildungsmaßnahmen. ◄

Jugendberufshilfe im Blick: Weihbischof Matthias König kochte in Dortmund gemeinsam mit Müttern der Maßnahme „Arbeitsgelegenheiten für junge Mütter“. Foto: pdp

Caritas-Telegramm

Keine Geringeren als Kaiser Heinrich II. (Heimleiter Josef Meis) und Gattin Kunigunde (Sarah Reker) begrüßen die Gäste zur Einweihung des neues Wohnheims für Menschen mit Behinderungen. Das heilige Herrscherpaar ist Patron der Pfarrei in Schloß Neuhaus, in deren Mitte die neue Einrichtung angesiedelt ist. *Foto: Jan Rößmann*

Hagen. Der Caritasverband Hagen hat am zentralen Kirchplatz im Stadtteil Boele das Roncalli-Haus eröffnet. In dem Gebäude eines ehemaligen Schuhgeschäftes sind unterschiedliche Dienste und Einrichtungen untergebracht, so ein stationärer Mittagstisch und ein Beratungsbüro für Senioren, eine Wohngruppe für geistig Behinderte, die im Gebäude einen Secondhandladen betreibt, sowie ein Warenkorb für gespendete Lebensmittel.

Soest. Das Marienkrankenhaus in Soest hat sich der Hospitalvereinigung Hellweg angeschlossen. Zu dem Trägerverbund gehören bereits die katholischen Krankenhäuser in Unna und Werl sowie zwei katholische Altenheime in Unna und Körbecke. Die Hospitalvereinigung verfügt jetzt über 710 Betten in drei Kliniken sowie 160 Altenheimplätze. Ingesamt beschäftigt die Holding 1 600 Mitarbeiter.

Witten. Der Caritasverband Witten hat in zentraler Lage an der Wittener Hauptstraße ein Seniorencafé eröffnet. Aus einem ehemaligen Kiosk entstand ein geschmackvoller Treffpunkt für Senioren, der Speisen und Getränke zu günstigen Preisen anbietet. Die warmen Mahlzeiten werden von der nahe gelegenen Kantine des St.-Marien-Krankenhauses geliefert.

Paderborn. Mitten im Paderborner Stadtteil Schloß Neuhaus bietet das Wohnheim St. Heinrich 28 Menschen mit Behinderungen ein neues Zuhause. Der Verein Caritas-Wohn- und Werkstätten im Erzbistum Paderborn hatte als Träger der Einrichtung Ende April zur Einweihung geladen. Weihbischof Manfred Grothe segnete die Räume. „Hier darf jeder anders sein, und die Andersartigkeit wird nicht als Mangel oder Hindernis empfunden, sondern macht unsere Gesellschaft reich“, erklärte der Bischof.

Gütersloh. Das St.-Elisabeth-Hospital baut ein neues Dialysezentrum. Der Neubau soll die Raumprobleme in der Einrichtung beseitigen. Das Elisabeth-Hospital hat einen zentralen Versorgungsauftrag im Bereich Nieren- und Hochdruckerkrankungen.

Dortmund. Der Caritasverband Dortmund hat erstmals in einer Altenhilfe-Einrichtung Betreuungsplätze für ältere Menschen mit geistiger Behinderung geschaffen. Im neuen Altenzentrum St. Hildegard in Berghofen können in besonderen Wohnbereichen 22 pflegebedürftige Behinderte versorgt werden. Damit reagiert die Caritas auf die Tatsache, dass die Zahl älterer Menschen mit Behinderung steigt.

Menschen in der Caritas

Franz-Jörg Rentemeister, Geschäftsführer der Katholischen Hospitalgesellschaft Südwestfalen und langjähriger Verwaltungsdirektor am St.-Martinus-Hospital in Olpe, ist mit einer Feierstunde in der Olper Stadthalle in den Ruhestand verabschiedet worden. Insgesamt hat Rentemeister 36 Jahre lang die Krankenhausgeschichte im Kreis Olpe mitgeschrieben. Sein Nachfolge ist **Wolfgang Nolte**.
Die langjährige Fachberaterin des Diözesan-Caritasverbandes für die Tageseinrichtungen für Kinder in der ehemaligen Seelsorgeregion Hochsauerland-Waldeck, **Margret Fening-Thole**, ist in den Ruhestand verabschiedet worden. Die gelernte Erzieherin aus Lingen im Emsland war nach dem Sozialpädagogik-Studium zunächst Heimleiterin im Mädcheninternat Eringerfeld sowie Lehrerin an der kath. Fachschule für Sozialpädagogik in Warburg. 1990 wechselte sie in das Referat Tageseinrichtungen für Kinder im Diözesan-Caritasverband.
Das Brüderkrankenhaus St. Josef in Paderborn hat einen neuen Ärztlichen Direktor: **Dr. Horst Leber** wurde zusammen mit seinem Stellvertreter **Dr. Thomas Wolff** vom Hausoberen Bruder **Rainer Hellinger** in sein Amt eingeführt. Dr. Leber löst **Prof. Wolfgang Petermann** ab.
Einen neuen Diözesanvorstand haben die Delegierten des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) und Sozialdienstes Katholischer Männer (SKM) im April in Paderborn gewählt. Neu im SkF-Diözesanvorstand sind **Monika Muschalla** (SkF Unna) und **Eva-Maria Treder** (Hamm). In ihren Ämtern bestätigt wurden **Margarete Potthoff** (Gütersloh) als Diözesanvorsitzende und **Cäcilia Kaufmann** (Werl) als ihre Vertreterin. Hauptamtliche Mitglieder des Vorstandes sind **Dagmar Rupprecht** (Herford) und **Ute Stockhausen** (Lippstadt). Einen Wechsel im Diözesanvorstand gab es ebenfalls beim Sozialdienst Katholischer Männer (SKM). Neu gewählt wurden **Franz Daniel** (Menden), **Hans-Wilhelm Becker** (Herford), **Klaus Siepmann** (Bielefeld) und **Reinhard Wiescholek** (Paderborn). Als hauptamtliche Mitarbeiter sind **Alwin Buddenkotte** (Dortmund) und **Andreas Thiemann** (Hamm) im Diözesanvorstand vertreten. Wer dem langjährigen Diözesanvorsitzenden **Helmut Feldmann** (SKFM Rheda-Wiedenbrück) in seinem Amt nachfolgt, wurde bei der Delegiertenversammlung noch nicht entschieden.

Vorurteile widerlegt

Es wird immer wieder behauptet, dass Sozialleistungsempfänger sich wegen mangelnder Lohnanreize gegen Arbeit entscheiden und damit dauerhaft in Armut verbleiben (Armutsfallentheorem). Ronald Gebauer widerlegt diese sich hartnäckig haltende Behauptung in dem Buch „Arbeit gegen Armut". Er bestätigt damit die Arbeitserfahrungen vieler im sozialen Bereich Tätigen. Die Mehrzahl der Empfänger bezieht Leistungen nur kurze Zeit. Und sogar nach einem mehrjährigen Verbleib im System ist die Arbeitsmarktmobilität nicht gleich null.

Mit seinen Datenanalysen und den Vergleichen verschiedener Untersuchungen in England und Amerika liefert er Fakten und Argumente, die empirisch abgesichert sind und in Diskussionen mit Vertretern aus Kommunen, Arbeitsgemeinschaften, Wirtschaft und Politik hilfreich sein werden, um die Entwicklung von Lösungen einzufordern, die der Realität von Arbeitslosen gerecht werden. Ein weiteres stereotypes Fordern der Absenkung der Sozialleistungen, um Menschen in Arbeit zu bringen und damit Armut zu bekämpfen, kann es nach der Lektüre dieses Buches eigentlich nicht geben. Ebenso wenig reicht es, Arbeit als den Königsweg gegen die Bekämpfung der Armut zu betrachten. Der Autor stellt die Komplexität von Armut und Arbeit dar. Beide Bereiche sind nicht zwangsläufig miteinander verknüpft. Menschen, insbesondere Arbeitslose, lassen sich nicht in ein ökonomietheoretisches Modell pressen, das individuelle Motive, die zu einer Arbeitsaufnahme führen, nicht angemessen berücksichtigt. Er schlägt deshalb vor, die Modelle zur Entscheidung an den Schnittstellen zwischen Sozialleistungen und Arbeitsmarkt um eine Sach- und Zeitdimension zu erweitern und sich verstärkt der Herausforderung zu stellen, mit anderen Wissenschaftszweigen eine Arbeitsmarkttheorie im Sozialstaat zu entwickeln, die bestimmte Entwicklungen und Trends erklären kann.

Nicht ganz nachvollziehbar ist der Schritt, das Armutsfallentheorem lediglich durch die Sach- und Zeitdimension zu erweitern, anstatt deren Verwerfung zu fordern. Denn Gebauer hat bewiesen, dass die Behauptung nicht zutrifft. Hier wäre es sinnvoll gewesen, eine andere Begrifflichkeit oder eine andere Hypothese einzuführen. Insgesamt ein interessantes Buch, das nicht nur für Soziologen und Politikwissenschaftler lesenswert ist, auch wenn es für fachfremde Personen einige Verständnishürden enthält. *Michaela Hofmann*

Ronald Gebauer: „Arbeit gegen Armut. Grundlagen, historische Genese und empirische Überprüfung des Armutsfallentheorems". 256 S., 45 Abb. und 11 Tab., VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007 (34,90 Euro)

Detailreich

In einem recht voluminösen Werk versucht der Münsteraner Kirchenhistoriker Arnold Angenendt die religions-, kultur- und allgemeingeschichtlichen Forschungen der letzten 20 Jahre zusammenzufassen. Es geht ihm dabei auch um eine Neuinterpretation, er will Vorurteile, Unterstellungen und Anklagen gegen die Kirche hinsichtlich ihrer Beteiligung an Intoleranz und ihrer Verstrickung in Gewalttätigkeitsgeschehen entkräften.

Ein ganz neues Bild entsteht so, wenn man beispielsweise erfährt, dass die Inquisition gar nicht kirchlich betrieben wurde und als Fortschritt, als „Schrittmacher modernisierender Justiz", zu sehen ist; dass die Hexen- und Hexerverfolgungen in der Verantwortung nur der weltlichen Obrigkeiten lagen; dass das „Jus primae Noctis" nie realisiert wurde; dass die Missionare stets auf dem freien Taufentscheid der zu Missionierenden geachtet hätten; dass die Kirchen nach 1945 die wichtigsten Propagandisten der Menschenrechte waren, nachdem sie bis dahin die größte „Bremserrolle" für die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte innegehabt hatten.

Der Autor verschweigt nicht die „dunklen Seiten" der Kirche, z. B. dass man vieles billigend in Kauf genommen habe, etwa die Ketzertötungen, die Kreuzzüge als „Heilige Kriege", die gewaltsame Unterwerfung ganzer Völker. Aber all das wird jetzt weniger bedeutsam. Angenendt erläutert den Begriff der Toleranz selbst erst nach gut 200 Seiten als altchristliche Hervorbringung. Dass religiöse Toleranz erst durch die Aufklärung und in Abgrenzung von einer bis dahin – auch kirchlich – autoritären Machtpolitik erreicht wurde, gerät so zu sehr in den Hintergrund. Von psychischer Gewalt neben der physischen wird erst im Epilog gesprochen, strukturelle Gewalt nicht einmal erwähnt.

Manchmal etwas sprunghaft, insgesamt sehr detailreich, mit vielen Fakten und auch Beziehungen zur Gegenwart und durch viele Zitate abgesichert, bleiben die fünf Hauptteile als in sich geschlossene Abhandlungen für jeden Interessierten gut lesbar. Sicherlich werden sie auch zu mancher Diskussion beitragen. *ml*

Arnold Angenendt: „Toleranz und Gewalt. Das Christentum zwischen Bibel und Schwert". 800 S., Verlag Aschendorff, Münster 2006 (24,80 Euro)

Ansgar Moenikes: „Der sozial-egalitäre Impetus der Bibel Jesu und das Liebesgebot als Quintessenz der Tora". 208 S., Echter Verlag, Würzburg 2007 (16,80 Euro)

Basal

Wir sind es gewohnt, von der „christlichen Nächstenliebe" zu sprechen – so als ob die Nächstenliebe eine „Erfindung" des Christentums wäre. Dass der Jude Jesus von Nazareth das Nächsten- wie das Gottesliebegebot aus der Tora, also dem ersten Teil des späteren „Alten Testaments", zitiert, ist meist nicht bewusst, oft nicht einmal bekannt. Ein tieferes Verständnis des enormen sozial-egalitären Anliegens der Bibel Jesu, das im Liebesgebot seine Zusammenfassung findet, kann nur erreicht werden, wenn die Entstehung und die Frühgeschichte der Gesellschaft, in der die Bibel entstanden ist (also des Alten Israel), unter sozialen Gesichtspunkten beleuchtet werden.

Das leistet dieses Buch unter besonderer Berücksichtigung der Gesetzesliteratur (Tora) und des davon berührten Neuen Testaments. Anders als die Umwelt Israels, wo der König zwischen Gott und Volk steht, formuliert die Bibel die egalitäre Konzeption, in der das Volk in direkter Liebesbeziehung zu „Jahwe" steht. Die Gottesliebe verwirklicht sich in der Nächstenliebe als Zusammenfassung der Gebote „Jahwes" in Richtung auf eine gerechte, solidarische, mitmenschliche Gesellschaft. *ml*

Nadja Klinger / Jens König: „Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland". 256 S., Rowohlt-Verlag, Berlin 2006 (14,90 Euro)

Engagiert

Vergangenes Jahr im Herbst flatterte das Wort von der „Unterschicht" durch die Debatten der Republik. Jenseits von Begriffsempfindlichkeiten und politischen Streitereien entdeckten auch seriöse Medien die prekäre Situation von bis zu elf Millionen Menschen in Deutschland, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind. Die keine Chance haben, aus einer Situation zu entkommen, in die sie manchmal ohne eigenes Verschulden geraten sind. Von diesen Menschen erzählt das Buch „Einfach abgehängt"; es will ein „wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland" sein, so der Untertitel. In der allerbesten Tradition der klassischen Sozialreportage stehen zwölf Porträts von Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen, Ausländern, Schulversagern, Alleinerziehenden, kinderreichen Familien.

Diese Porträts von Menschen am Rande der Gesellschaft sind engagiert und schonungslos geschrieben. In einfachen, kurzen, oft drastischen Sätzen erfährt der Leser, wie Menschen strampeln, aber nicht mehr mitkommen. Einfach abgehängt in einer Gesellschaft, die der „Diktatur der Effizienz" unterliegt. Und die Autoren ziehen die richtigen Schlüsse: In Deutschland habe die Ungleichheit heute ein Maß erreicht, das die Grenze zur Unsittlichkeit überschreite (S. 199). Damit ist diese Gesellschaft in Gefahr, ihre Freiheit, ihren inneren Zusammenhalt, ihre demokratische Basis zu verlieren. Das Buch greift an: Vorurteile, Politiker, Besserwisser, Begüterte. Das sind zum Beispiel die, „die sich Löhne wie in Polen, aber Vorstandsgehälter wie in den USA wünschen" (S. 28). Das ist zum Beispiel die „zynische Politik", die „die Rolle der Bordapotheke auf der Titanic" (S. 197) spielt. Trotz solcher – manchmal zu pauschalen und überzogenen – Wertungen bietet das Buch eine scharfsinnige Analyse eines „gesellschaftlichen Skandals, der uns alle in Zukunft mehr beschäftigen wird, als wir uns heute eingestehen".

Die Autoren wollen aber noch mehr. Ihr Ziel ist es, diese Gesellschaft zu stärken. Das geht nur noch mit ehrlichem Hinschauen, nicht mit PR im Stile einer Agenda-2010-Rhetorik. *ml*

Impressum

„Caritas in NRW"
Kaiserswerther Str. 282-284
40474 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 51 60 66-20
Telefax: 02 11 / 51 60 66-25
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de
http://www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann
Redaktionssekretariat: Monika Natschke
Redaktion:
Rudi Löffelsend (Essen)
Alfred Hovestädt,
Dagmar Gabrio (Köln)
Heinz-Gert Papenheim
(Recht-Informationsdienst, Köln)
Jürgen Sauer (Paderborn)
Gerd Schnitzler (Aachen)
Harald Westbeld (Münster)

Layout: Alexander Schmid
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Karl Wegener
Telefon: 0 52 51 / 1 53-2 20 · Telefax: 0 52 51 / 1 53-1 04
E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.Gedruckt auf Bilderdruck-Papier, hergestellt aus 100% chlorfrei gebleichten Faserstoffen.

ISSN 1617-2434